

**GUTE ARBEIT**

**FREIHEIT**

**DIGITALISIERUNG**

**VERANTWORTUNG**

# Inhalt

Vorwort Josef Sanktjohanser	04
Vorwort Stefan Genth	06
Die Rahmenbedingungen für den Konsum stimmen	09

---

<b>1</b>	<b>Die digitale Agenda des HDE</b>	<b>12</b>
	Freie Vertriebsentscheidungen	15
	Geoblocking als wichtiges Instrument für Online-Handel	16
	Grenzüberschreitende Paketzustellung	16
	EU-weite Harmonisierung der Vertragsbestimmungen im Online-Handel	17
	Ausgewogener und kundenfreundlicher Datenschutz	17
	Moderne Bezahlssysteme für den digitalen Handel	18
	Ausbildung für den digitalen Handel – Der E-Commerce-Kaufmann	19
	Der HDE – aktiver Begleiter seiner Mitglieder im digitalen Wandel	20
	Immer up to date mit den HDE-Services	23

---

<b>2</b>	<b>Der Strukturwandel im Handel erfordert eine Allianz für die Städte</b>	<b>24</b>
	Bundeswirtschaftsministerium und HDE entwickeln Dialogplattform Einzelhandel	27
	Wissensnetzwerk Stadt und Handel	29

---

<b>3</b>	<b>Die politische Agenda des HDE – Freiräume für Unternehmer</b>	<b>30</b>
	Abbau von Handelsschranken im EU-Binnenmarkt	32
	Fairere Regelung beim Rundfunkbeitrag	34
	Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Handel	33
	Produktsicherheit: Herstellerpflichten nicht auf Handel abwälzen	34
	Zahlungssysteme: Faire Gebühren	34

Erbschaftsteuer darf Familienbetriebe nicht schwächen	35
Steuerbetrug bekämpfen – aber verhältnismäßig	36
Energiewende: Faire Kostenverteilung gefragt	36
Handel reduziert Kosten für Energieaudits um rund 50 Prozent	37
Ansiedlungen: Flächenerwerbszertifikate mindern Rentabilität	37
Keine unverhältnismäßigen Gewährleistungsansprüche schaffen	38
Abmahnmissbrauch bekämpfen	39
Freiwilligkeit bei der alternativen Streitbeilegung sicherstellen	39

## 4 Für eine ökologisch und sozial nachhaltige Lieferkette 40

Wertstoffgesetz	42
EU-Kreislaufwirtschaftsgesetz	43
EU-Plastiktüten-Richtlinie	43
ElektroG – Rücknahmepflicht nimmt kleine Betriebe aus	44
Ökodesign und Energielabel	44
Energieeffizienznetzwerke statt Ordnungsrecht	44
Ausschreibungsmodell für Energieeffizienzmaßnahmen	45
HDE Klimaschutzoffensive „Der Handel packt's an“	45
Schnelle Marktdurchdringung energieeffizienter Produkte durch den Handel	45
Studie zur Energieeffizienz von Handelsimmobilien	46
Soziale Verantwortung in der Lieferkette	46
Bündnis für nachhaltige Textilien	46

## 5 Gute Arbeit – Aufbau sozialversicherungspflichtiger Stellen setzt sich fort 48

Tarifverhandlungen: Ausgewogene Einigung	50
Tarifautonomiestärkungsgesetz: Bürokratische Regelungen vermeiden	51
Arbeitsstättenverordnung	52
Drohender Nachwuchsmangel	52
Neuordnung der Einzelhandelsberufe	53

Der HDE: Handeln für den Handel	55
---------------------------------	----

Vorwort

## Innovation erfordert Freiraum

---

Die Digitalisierung erzeugt für alle Wirtschaftszweige weiterhin großen Veränderungsdruck. Der Umbruch im Einzelhandel setzt sich fort, und der Handelsverband Deutschland sieht eine seiner vorrangigsten Aufgaben darin, seine Mitgliedsunternehmen in diesem gewaltigen Veränderungsprozess zu unterstützen.

Wenn sich der Handel revolutioniert, darf der Gesetzgeber Innovationen nicht mit Bürokratie und Regelungen ausbremsen oder gar verhindern. Die Unternehmen müssen die Chance bekommen, Geld in neue Ideen zu investieren, Neues zu erproben und noch individueller auf die Kundenwünsche einzugehen. Halbherzige Regelungen wie die WLAN-Störerhaftung aber bremsen viele Handelsunternehmen auf ihrem Weg in die digitale Welt.

Die Bundesregierung hat in der aktuellen Legislaturperiode beschäftigungs- und sozialpolitische Projekte auf den Weg gebracht, welche die Spielräume insbesondere mittelständisch geprägter Branchen wie dem Einzelhandel deutlich einschränken und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland gefährden. Die Kosten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes belasten Verbraucher und Einzelhandel entgegen allen Versprechungen mit immer höheren Summen. Der gesetzliche Mindestlohn und das Rentenpaket setzen auf den Konjunkturboom der Gegenwart, bergen aber hohe Risiken für die Zukunft und büren kommenden Generationen hohe Lasten auf.

Der HDE konnte die Folgen dieser Politik für die Branche zwar deutlich abmildern. Doch sehen wir weiterhin die Gefahr, dass der gegenwärtige Kurs der Bundesregierung die Erfolge der Agenda 2010 aufzehrt und Deutschland nicht wetterfest für die Zukunft macht.

Die Welt wird immer kleiner, die Globalisierung schreitet weiter voran. Hochkomplexe Lieferketten stellen hohe Anforderungen an die Unternehmen, auch unter dem Aspekt ihrer ökologischen und sozialen Ausgestaltung – national und international. Die deutsche Bundesregierung hat in diesem Jahr das Thema der verantwortlichen Handels- und



Josef Sanktjohanser

Präsident  
Handelsverband Deutschland (HDE)

Lieferketten auf die Agenda des G7-Gipfels gesetzt und zugleich eine Multi-Stakeholder-Initiative ins Leben gerufen, welche die Lage in den Produktionsländern der Textilwirtschaft nachhaltig verbessern soll. Namhafte Unternehmen des Textileinzelhandels sind dem Textilbündnis beigetreten, das der HDE als einer der maßgeblichen beteiligten Wirtschaftsverbände mit auf den Weg gebracht hat.

Der Handel bekennt sich zu seiner Verantwortung für den ökologisch und sozial verantwortlichen Konsum. Deshalb setzt sich der HDE auch als aktiver Gestalter einer effizienten und ökologischen Kreislaufwirtschaft in Deutschland ein. Der Ressourcenschutz hat für unsere Unternehmen höchste Priorität. Aus diesem Grund unterstützen wir die Bundesregierung bei ihrer Initiative für ein Wertstoffgesetz und sind überzeugt davon, damit die international beispielhafte Erfolgsgeschichte des Wertstoffrecyclings in Deutschland auf die nächste Stufe heben zu können.

Der Handel bekennt sich auch zu seiner Verantwortung für seine rund drei Millionen Beschäftigte an 450.000 Standorten. Die Branche ist einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder in Deutschland und leistet damit einen wesentlichen Beitrag für den gesellschaftlichen Wohlstand. Der Wettbewerb um Fachkräfte und Auszubildende wird auch im Handel immer härter. Die Stärkung der Tarifbindung ist für den Handelsverband eine große Herausforderung, der sich der HDE stellt. Auch hierüber berichtet der vorliegende Geschäftsbericht, der Ihnen einen Einblick in die umfangreiche Verbandsarbeit bieten soll.

Herzlichst Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Josef Sanktjohanser". The signature is written in a cursive, slightly stylized script.

Vorwort

## Aktiv und zukunftsorientiert für den Handel

---

Kein Zweifel – die Digitalisierung ist für die Handelsunternehmen eine Riesen-Herausforderung, aber auch Chance! Deshalb ist aktives Handeln für die Branche erforderlich. Damit der Handel die Chancen dieses Umbruchs bestmöglich nutzen kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Und die setzt die Politik. Der Handelsverband Deutschland (HDE) als Spitzenverband der Branche ist deshalb gemeinsam mit seinen Landes-, Regional- und Bundesfachverbänden auf allen politischen Ebenen aktiv, um die Interessen des Einzelhandels zu vertreten und durchzusetzen.

Dabei geht es zum einen darum, den stationären Handel weiter zu stärken und zugleich für den Online-Handel und die Multichannel-Händler ein Klima zu erzeugen, das weiteres Wachstum und die noch bessere Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials, insbesondere auch für den mittelständischen Handel, ermöglicht. Zum anderen steht die Fairness im Wettbewerb zwischen stationären und Online-Händlern im Fokus.

Für den Online-Handel spielen nationale Grenzen nur noch eine untergeordnete Rolle. Daran müssen sich auch die Gesetze und Regelungen anpassen. Der EU-Binnenmarkt ist hier ein guter Rahmen, um im weltweiten Internet mehr Wettbewerbsfairness und unternehmerische Freiheit sicherzustellen. Der HDE setzt sich deshalb mit seinen Büros in Brüssel und Berlin dafür ein, den Binnenmarkt konsequent weiterzuentwickeln und bereits bestehende Regelungen effektiv und in allen EU-Ländern einheitlich umzusetzen.

Neben dem fairen Wettbewerb zwischen Online-Händlern mit Sitz in unterschiedlichen Ländern, betont der HDE die große Bedeutung von Fairness zwischen dem E-Commerce und dem stationären Handel. Hier spielen beispielsweise Debatten über die Ladenöffnungszeiten oder die Gewerbesteuer eine große Rolle. Und auch das Umfeld muss stimmen.



Stefan Genth

---

Hauptgeschäftsführer  
Handelsverband Deutschland (HDE)

Attraktive Innenstädte brauchen den Handel. Ziel des HDE ist es, gemeinsam mit allen Beteiligten eine neue und starke Allianz für die Innenstädte zu bilden. Der Einzelhandel in den Stadtzentren ist auf die Unterstützung der Politik auf allen Ebenen – vom Bund bis zu den Kommunen angewiesen.

Der HDE hat sich aber nicht nur der politischen Arbeit verschrieben, sondern unterstützt seine Händler auch mit vielen Informationsangeboten direkt. Mit Newslettern, Broschüren, rechtlicher Beratung und persönlichen Gesprächen gibt der Verband den Unternehmen die Möglichkeit, sich auf dem aktuellen Stand zu halten und Anregungen für neue Ideen zu bekommen. Auf vielen Veranstaltungen mit Fachleuten und Politikern finden die Mitgliedsunternehmen Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

Mit unserem politischen und medialen Netzwerk begleiten wir den Handel aktiv und zukunftsorientiert.

Herzlichst Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Stefan Genth". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.



# Die Rahmenbedingungen für den Konsum stimmen

---

von Olaf Roik, HDE-Bereichsleiter Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich in guter Verfassung. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2015 wohl um 1,5 Prozent steigen. Eine wesentliche Wachstumsstütze bleibt der Konsum. Die Ausgaben der privaten Haushalte werden um annähernd zwei Prozent zulegen.

Erfreulich zeigt sich die Situation am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt einen Rekordwert von fast 43 Millionen erreichen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt deutlich an. Die Verbraucherpreise liegen 2015 um nur 0,5 Prozent über dem Vorjahresniveau. Der Rückgang bei den Energiepreisen und steigende Einkommen stützen die Kaufkraft.

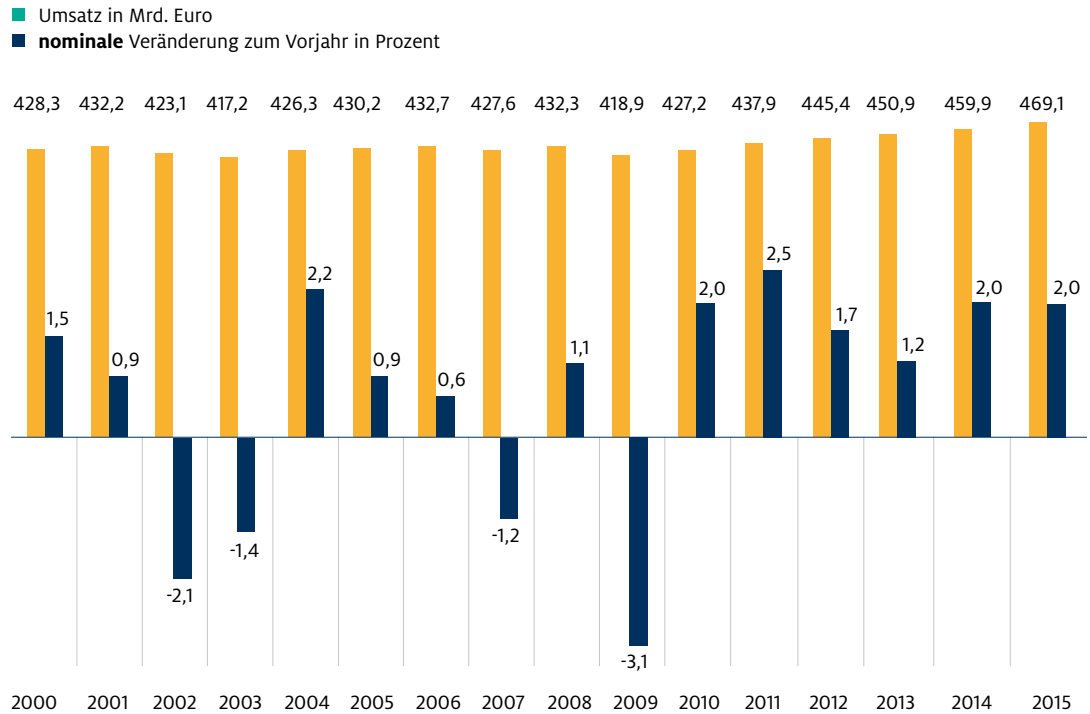
Der Einzelhandel kann sich in diesem sehr günstigen Umfeld gut behaupten. Das Geschäftsklima in der Branche bewegt sich laut Umfrage des ifo-Instituts auf dem höchsten Stand seit Mitte 2011. Insbesondere die Geschäftslage wird sehr gut bewertet. Dies deckt sich mit den Umsatzzahlen, die das Statistische Bundesamt für den Einzelhandel ohne Kfz, Brennstoffe, Tankstellen und Apotheken ausweist. Aufgelaufen bis August lagen die Umsätze des Einzelhandels ohne Kraftfahrzeuge, Apotheken, Tankstellen und Brennstoffe preisbereinigt um 2,7 Prozent über dem Vorjahr.

Überdurchschnittlich entwickelte sich im bisherigen Jahresverlauf (bis August) der Einzelhandel mit Kosmetik und Körperpflegeprodukten, Uhren und Schmuck, Unterhaltungselektronik und Wohnmöbeln. Die gute Lage gerade in diesen Branchen deutet darauf hin, dass die Verbraucher bereit waren, auch größere Anschaffungen zu tätigen und in ihr Wohnumfeld und ihre persönliche Ausstattung zu investieren.

Auch die Ergebnisse der HDE-Konjunkturumfrage aus dem Sommer 2015 bestätigen das insgesamt erfreuliche Gesamtbild. Die Geschäftslage im ersten Halbjahr wird von den Unternehmen etwas besser bewertet, als noch im Vorjahr. Die Erwartungen für das zweite Halbjahr deuten auf eine positive Entwicklung hin. 41 Prozent der befragten Händler rechnen mit einem Umsatzplus. Zu diesem Optimismus tragen die Einschätzungen zu den Online-Umsätzen bei. 61 Prozent der Multichannel-Händler rechnen hier mit einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr.

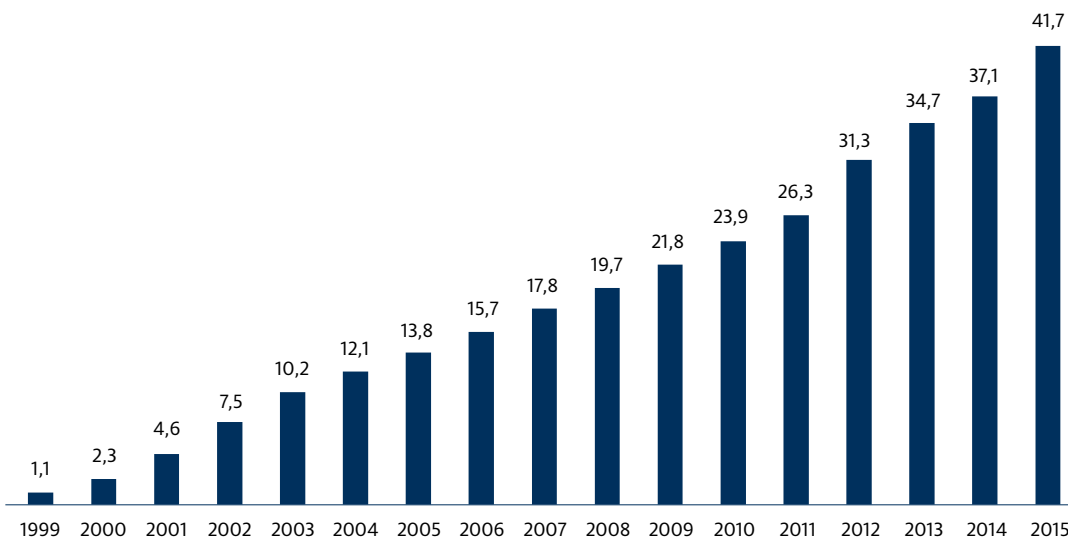
## Einzelhandelsumsatz im engeren Sinne 2000 – 2015

Umsatz im Einzelhandel **ohne** Kfz, Tankstellen und Apotheken



Quelle: Statistisches Bundesamt; HDE-Berechnungen und Prognose 2015; ohne Umsatzsteuer

## E-Commerce (B2C) 1999 – 2015 in Mrd. Euro



Angaben für Nonfood, FMCG, Entertainment, Tickets, Downloads, Reisen (ohne Urlaubsreisen)

Quelle: HDE: GfK; HDE-Prognose 2015; ohne Umsatzsteuer

Der Online-Handel wird im laufenden Jahr voraussichtlich 41,7 Milliarden Euro umsetzen. Dies entspricht einem Plus von zwölf Prozent. Während die Entwicklung in einigen Kategorien wie Unterhaltungselektronik nicht mehr mit der hohen Dynamik der Vorjahre verläuft, ist in anderen Warengruppen wie Heimwerkerbedarf sowie Auto- und Motorradzubehör ein deutliches Wachstum zu beobachten. Der Online-Marktanteil am Einzelhandel liegt aktuell bei rund neun Prozent und könnte bis 2020 auf 15 – 20 Prozent steigen, im Nonfood-Handel deutlich darüber hinaus.

Aktuell ist davon auszugehen, dass die recht hohe Konsumbereitschaft auch das zweite Halbjahr prägen wird. Angesichts eines

Anstiegs der Reallöhne, hoher Erwerbstätigkeit und geringer Inflation wird der private Konsum auch in den kommenden Monaten einen wesentlichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung leisten.

Für den Einzelhandel insgesamt rechnen wir in 2015 mit einem moderaten Umsatzplus von +2,0 Prozent auf dann 469,1 Milliarden Euro. Sinkende Energiekosten dürften den Konsum im zweiten Halbjahr weiter anschieben. Trotz der günstigen Rahmenbedingungen bleibt das Wachstumspotential für den Einzelhandel auch angesichts einer leicht ansteigenden Sparquote aber überschaubar.



# 1

---

## Die digitale Agenda des HDE



Getrieben durch die fortschreitende Digitalisierung durchläuft der gesamte Einzelhandel einen grundlegenden strukturellen Veränderungsprozess. Alle Geschäftsbereiche und wirtschaftlichen Aktivitäten entlang der Lieferkette sind betroffen. Die Beziehungen zu Lieferanten und Kunden wandeln sich tiefgreifend. Zentraler Faktor ist die enge Vernetzung der Vertriebs- und Kommunikationskanäle – stationär, online und mobil.



> [www.einzelhandel.de/digitale-agenda](http://www.einzelhandel.de/digitale-agenda)

Der Einzelhandel erweist sich dabei abermals als eine äußerst wandlungsfähige Branche. Es bedarf deshalb neuer, moderner Regeln, damit Händler die im Zuge der Digitalisierung entstehenden Möglichkeiten optimal nutzen können. Auf nationaler und europäischer Ebene sind wichtige strategische Entscheidungen erforderlich, um die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung des Handels zu schaffen.

Bis 2020 könnte der Anteil des Online-Handels am deutschen Einzelhandel von heute etwa neun auf 15 bis 20 Prozent wachsen. Dabei bedeutet Digitalisierung für den Einzelhandel weit mehr, als nur Online-Handel. Es verändert sich das ganze Geschäftsmodell als Beziehungsgeflecht zwischen Erzeugern, Lieferanten, Dienstleistern, Händlern und Kunden.

Dem Einzelhandel bieten sich dadurch neue Chancen. Er kann seine Strategie vertikal erweitern, indem er sich nicht mehr auf die reine Handelsfunktion beschränkt. 3D-Drucker zum Beispiel könnten in Zukunft die Möglichkeit bieten, Produkte selbst im Geschäft zu produzieren und sofort zu verkaufen. Auf der anderen Seite treten Hersteller, Dienstleister und Privatpersonen selbst auch als Händler auf und verschärfen damit den Wettbewerb. Außerdem treibt die Digitalisierung die Internationalisierung des Handels voran.



Auch aus diesem Grund ist der Einzelhandel ein überzeugter Verfechter des europäischen Binnenmarkts. Dessen Spielregeln müssen nicht neu geschrieben werden. Dabei geht es um Chancengleichheit: Zwischen verschiedenen Ländern, großen und kleineren Unternehmen, sowie zwischen Vertriebswegen – also zum Beispiel zwischen stationärem und mobilem Online-Handel oder neuen Handelsformen.

Die vielleicht weitreichendste Veränderung betrifft das Verhältnis zwischen dem Handel und seinen Kunden. Die Rolle der Akteure innerhalb der Wertschöpfungskette wird neu definiert: Egal, ob es um den Vertriebskanal, die Art der Lieferung oder des Bezahlens geht, den Kunden stehen alle Möglichkeiten offen. Sie entscheiden über das Wie und Was, wählen dabei die für sie jeweils passende Variante. Die Unternehmen dürfen nicht mehr nur informieren, sondern sie müssen mit dem Verbraucher in Dialog treten. Denn der Kunde tauscht sich über soziale Medien mit anderen über Produkte und ihre Anbieter aus, bewertet Shops und ihre Leistungen. Vergleichsweise neu ist für viele Geschäfte die herausragende Bedeutung der Logistik, die der Online-Handel mit sich bringt. Kunden wollen schnell und auf Wunsch zu einem bestimmten Zeitpunkt beliefert werden. Das gelingt nur, wenn die dahinter stehende Lieferkette perfekt funktioniert und die Prozesse optimiert sind.

Die Digitalisierung lässt Vertriebskanäle zusammenwachsen. Kunden bedienen sich ganz selbstverständlich mehrerer Kanäle parallel, verschaffen sich so ein nahtloses Shopping-Erlebnis.

Das traditionelle Geschäft wird seine Bedeutung nicht verlieren. Im Gegenteil. Auch reine Online-Händler erkennen die Vorzüge der unmittelbaren Nähe zum Kunden und eröffnen Geschäfte bevorzugt in Großstädten. Eines ist aber sicher: Ob Online- oder Offline-Handel – die Zukunft des Handels ist digital.

#### **Freie Vertriebsentscheidungen**

Der Online-Handel bietet dem Einzelhandel neue Absatz- und Profilierungschancen. Gleichzeitig haben sich die Preistransparenz und der Preisdruck sowohl für den Handel als auch für Markenartikelhersteller deutlich erhöht. Dies stellt insbesondere den stationären Facheinzelhandel teilweise vor existenzielle Herausforderungen. Hersteller verfolgen das Ziel, das Markenimage ihrer Produkte zu erhalten und den Preisdruck durch den verschärften Wettbewerb zu reduzieren. Hierzu greifen sie aber mitunter auf kartellrechtlich problematische Maßnahmen zurück und versuchen mit Vorgaben für den Einzelhandel oder sogar vertikalen Preisbindungen den Vertrieb



Im Dialog mit Europa: Der HDE-Nikolausempfang als Bühne für regen Austausch auf EU-Ebene. Hier (v.l.n.r.): Die HDE-Büroleiterin Astrid Krone-Hagenah, HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth, Carsten Pillath (Generaldirektor für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit im Generalsekretariat des Rates der EU), Friedrich von Heusinger (Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der EU) und HDE-Präsident Josef Sanktjohanser

über Plattformen bzw. im Internet pauschal zu verbieten und mit Rabattsystemen steuernd in die Vertriebsentscheidungen des Handels einzugreifen. Das Bundeskartellamt ist bisher erfolgreich gegen solche Maßnahmen vorgegangen und hat die Autonomie des Einzelhandels bei der Preissetzung und Auswahl der Vertriebskanäle verteidigt.

Der HDE hat sich hierzu deutlich positioniert. Ausgangspunkt ist dabei die Tatsache, dass der Einzelhandel das Vertriebsrisiko für seine Produkte alleine trägt. Abgelehnt werden Versuche der Hersteller, Einfluss auf die Vertriebsentscheidungen des Einzelhandels zu nehmen. In diversen Gesprächen mit Abgeordneten, der Bundesregierung und Vertretern der Öffentlichkeit wurde diese Auffassung erläutert und vor gesetzlichen Änderungen zu Lasten der Einzelhandelsunternehmen z.B. im Kartellrecht gewarnt.

#### **Geoblocking als wichtiges Instrument für Online-Handel**

Mit Hilfe von Geoblocking können Anbieter von Inhalten und Produkten im Internet ihre Websites für bestimmte Länder sperren oder auf für das einzelne Land speziell zugeschnittene Inhalte weiterleiten. Die EU-Kommission wird im Herbst 2015 eine Konsultation durchführen und im Frühjahr 2016 einen Gesetzesvorschlag zur Abschaffung unge-

rechtfertigter Ländersperren vorlegen. Der HDE unterstützt die Kommission in ihrem Bestreben, ungerechtfertigtes Geoblocking zu beenden. Allerdings wird Geoblocking oft auch aus guten Gründen betrieben, die mit Verbraucherfreundlichkeit, lokalen Vertriebsinfrastrukturen oder Lieferantenvereinbarungen im Zusammenhang stehen. Der HDE setzt sich dafür ein, eine Einschränkung der Vertragsfreiheit in jedem Fall zu verhindern. Händler müssen auch in Zukunft frei entscheiden können, in welchen Ländern sie den Kunden im Internet welche Waren zu welchen Konditionen anbieten möchten.

#### **Grenzüberschreitende Paketzustellung**

Bevor der „klassische“ Binnenmarkt nicht vollendet ist, kann auch der digitale Binnenmarkt nicht funktionieren. Die zuverlässige, innovative und preisgünstige Zustellung von Waren ist eine Grundvoraussetzung und ein zentraler Erfolgsfaktor für das reibungslose Funktionieren des Online-Handels. Der Markt für grenzüberschreitende Paketzustellungen ist aber immer noch von hohen Preisen und Ineffizienzen gekennzeichnet. Der HDE setzt sich für einen freien, fairen und offenen Wettbewerb im Paketzustellungsmarkt ein.

Die Präsentation der Datenschutzstudie stieß bei den Journalisten in Berlin auf großes Interesse.



### EU-weite Harmonisierung der Vertragsbestimmungen im Online-Handel

Die EU präsentierte im Mai 2015 in ihrer „Strategie für einen Digitalen Binnenmarkt in der EU“ neue Pläne zur Harmonisierung der Vertragsbestimmungen im Online-Handel. Die Kommission möchte noch in 2015 einen konkreten Vorschlag vorlegen, der für den Online-Verkauf von digitalen Inhalten wie Musik-Downloads oder Livestreams eine EU-weite Vollharmonisierung vertraglicher Aspekte und Verbraucherschutzstandards anstrebt. Außerdem sollen beim Online-Handel mit Sachgütern die wesentlichen vertragsrechtlichen Bestimmungen harmonisiert werden (z.B. im Bereich des Gewährleistungsrechts). Der HDE sprach sich in der öffentlichen Konsultation für Rechtssicherheit und Technologieneutralität, für einheitliche Vorschriften für Online- und Offline-Käufe und gegen eine Benachteiligung bestimmter Vertriebskanäle aus. Zudem widerspricht der HDE einer Ausweitung der bestehenden Gewährleistungsrechte sowie einer gesetzlichen Regelung von Herstellergarantien.

### Ausgewogener und kundenfreundlicher Datenschutz

Der E-Commerce ist genauso wie der stationäre Handel auf das Vertrauen seiner Kunden angewiesen. Ein wesentlicher Faktor ist dabei ein funktionierender und für alle verständ-

licher Datenschutz. Einfachere Regelungen sind sowohl im Interesse der Verbraucher als auch der Händler. Die aktuell sehr komplexen Datenschutzerklärungen haben keinen Mehrwert. Eine unter anderem vom HDE beim Institut für Handelsforschung (IFH) in Auftrag gegebene Studie hatte gezeigt, dass zwei Drittel der Kunden die Datenschutzerklärungen der Händler selten bis nie lesen. Zudem können die Unternehmen laut Studienergebnis die Vorschriften nur mühsam und mit großen Schwierigkeiten einhalten. Eine



> [www.einzelhandel.de/datenschutzstudie](http://www.einzelhandel.de/datenschutzstudie)



Vereinfachung der Regelungen würde den Abmahnmissbrauch vieler spezialisierter Rechtsanwälte deutlich verringern. Statt der schwammigen und abmahngefährdeten aktuellen Informationspflichten wäre etwa eine Vorschrift zur Beantwortung der Datenschutzfragen tatsächlich interessierter Kunden denkbar.

Um nationalstaatliche Sonderwege auszuschließen, setzt sich der HDE für eine EU-weit einheitliche Regelung ein. Derzeit sind deutsche Händler wegen der besonders strengen Vorgaben hierzulande im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern oft benachteiligt. Als Best-Practice-Beispiel für die gesamte EU bieten sich die betrieblichen Datenschutzbeauftragten nach jetzigem deutschem Vorbild an. Die praxisnahen Datenschutzbeauftragten können einen Teil der staatlichen Aufsicht ersetzen und die Persönlichkeitsrechte der Verbraucher wirksamer schützen als formalisierte Datenschutzerklärungen.

Die luxemburgische Ratspräsidentschaft strebt eine Einigung der Verhandlungspartner aus Rat, Kommission und Parlament bis zum Ende des Jahres 2015 an.

### **Moderne Bezahlssysteme für den digitalen Handel**

Positive Effekte insbesondere auf der Kosten- und technischen Weiterentwicklungen werden für einen Schub der bargeldlosen Zahlungen im Handel sorgen. Gleichzeitig ist Bargeld auf absehbare Zeit ein unverzichtbares Zahlungsmittel im Handel. Die passende Auswahl effizienter und praktikabler Zahlungssysteme trägt zu einem nachhaltigen Geschäftserfolg bei. Sowohl stationär als auch im E-Commerce müssen die Anforderungen der Kunden berücksichtigt werden, sonst droht Umsatzverlust. Der HDE setzt sich seit Jahren für eine wettbewerbsgerechte Regulierung des Marktes für Kartenzahlungen ein, da viele Zahlungssysteme eine erhebliche Marktbedeutung gewonnen haben und fragwürdige Entgeltmodelle durchsetzen konnten. Mit der Verordnung zu Interbankentgelten ist es nun gelungen, eine Begrenzung dieser Entgelte zu erreichen. Auch bei der Überarbeitung der Zahlungsdiensterichtlinie befürwortet der HDE insbesondere die Einführung sogenannter dritter Dienstleister. Diese werden künftig die Möglichkeit bekommen, im Auftrag des Kontoinhabers bestimmte Zahlungsinformations- und Zahlungsauslösedienste auf dem Konto auszuführen. Damit wird das Monopol der kontoführenden Bank aufgelöst, die bislang bestimmen konnte, wie der Kontozugriff

Moderne Ausbildungsberufe machen den Handel für den Nachwuchs spannend. Im Jahr 2011 wurde die Auszubildende Kathrin Klein als Gesicht des Handels ausgezeichnet.



zu erfolgen hat. In der Folge entsteht mehr Wettbewerb auf Prozessebene, was Handel und Verbrauchern zugutekommt. Der HDE setzt sich für eine praktikable und offene Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht ein. Neben den Zahlarten im stationären Handel zeigt auch die Entwicklung der Zahlungsmöglichkeiten im E-Commerce einen Trend zur Vielfalt. Der HDE fordert hier eine Regulierung mit Augenmaß, um unnötige Sicherheitsanforderungen zu vermeiden. Anstatt die europäische Vorgabe nach einer starken Authentifizierung ohne Rücksicht auf bestehende Zahlarten durchzusetzen, setzt sich der HDE für eine maßvolle Regulierung ein und fordert zunächst eine Folgenabschätzung, bevor derart weitreichende Entscheidungen getroffen werden, die unübersehbare Folgen für den E-Commerce haben könnten. Trotz aller Tendenzen zur Digitalisierung spielt das Bargeld weiterhin eine entscheidende Rolle. Es ist allerdings absehbar, dass die Kosten für Bargeld weiter zunehmen, gerade auch durch politische Entscheidungen nach Eindämmung oder gar Abschaffung des Bargelds. Dabei wird oftmals die Bedeutung eines unabhängigen und jederzeit verfügbaren Zahlungsmittels im Wirtschaftskreislauf unterschätzt. Der HDE wird sich daher auch weiterhin für den uneingeschränkten Erhalt der Barzahlung unter kosteneffizienten Bedingungen einsetzen.

#### **Ausbildung für den digitalen Handel – Der E-Commerce-Kaufmann**

Über 80.000 Einzelhandelsunternehmen sind heute schon im Online-Handel aktiv. Damit diese und die noch entstehenden Betriebe in diesem Wachstumsfeld des Handels ausreichend qualifizierte Beschäftigte finden, hat der HDE im Frühjahr 2015 ein Konzept für den neuen Ausbildungsberuf E-Commerce-Kaufmann veröffentlicht. Die Ausbildung soll drei Jahre dauern und passgenau auf den E-Commerce zugeschnitten sein. Die Abstimmungsprozesse innerhalb der Wirtschaft und mit den Gewerkschaften sollen noch im Herbst 2015 abgeschlossen werden, damit zügig die Neuordnungsverfahren bei der Bundesregierung beantragt werden können. Ziel des HDE ist es, dass der Ausbildungsberuf ab dem 1. August 2017 ausgebildet werden kann und dass der Fortbildungsberuf ebenfalls zügig an den Start geht, so dass Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Fortbildungsprüfung ab spätestens 2017 angeboten werden können.

## Der HDE – aktiver Begleiter seiner Mitglieder im digitalen Wandel

Bei vielen Veranstaltungen mit hochrangigen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellt der HDE die Digitalisierung des Handels in den Mittelpunkt. Ziel des HDE ist dabei die Gestaltung attraktiver politischer Rahmenbedingungen für den Handel 4.0, die vor allem einen fairen Wettbewerb zwischen allen Vertriebskanälen des Handels sichern und auch kleinen und mittleren Unternehmen Wachstumsmöglichkeiten geben.



Beim Deutschen Handelskongress in Berlin ging es mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, Umweltministerin Barbara Hendricks und dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, unter dem Titel „Handel neu denken“ um den Multi-Channel-Handel und die sich auflösenden Grenzen zwischen den Vertriebskanälen.



Zum Auftakt der neuen HDE-Veranstaltungsreihe „Forum Handel 4.0“ forderte Gastredner Prof. Gerrit Heinemann, Hochschule Niederrhein, die Digitalisierung ernst zu nehmen und außereuropäischen Händlern nicht kampfflos das Feld zu überlassen.

Mit der Neocom ist der HDE Träger der Branchenveranstaltung für den Online-Handel und den Multichannelbereich. 2015 wurde der Kongress unter anderem von HDE-Präsident Josef Sanktjohanser eröffnet.



Bei der zweiten Ausgabe der Veranstaltungsreihe „Denken und Handeln“ im Soho House in Berlin diskutierte HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth gemeinsam mit Tom Savigar (The Future Laboratory, London) und dem Blogger Sascha Lobo über neue Werte in der digitalen Handelswelt. An der lebhaften Diskussion beteiligte sich auch die grüne Bundestagsabgeordnete Renate Künast.



Der Handel auf allen Kanälen war das Thema bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit eBay und der Metro AG. Aus der Politik saßen dabei Renate Künast von den Grünen und Thomas Jarzombek (CDU) mit auf dem Podium. Der stellvertretende HDE-Hauptgeschäftsführer Stephan Tromp machte insbesondere auf die innovationshemmende WLAN-Störerhaftung aufmerksam.



Die Zukunft der Handelsimmobilien in Zeiten des Multi- und Crosschannel-Handels wurde auf dem Deutschen Handelsimmobilienkongress in Berlin mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden diskutiert. Redner waren unter anderem der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Michelbach und der Staatssekretär aus dem Bundesbauministerium Gunther Adler.



Die Digitalisierung stand im Fokus bei der HDE-Veranstaltung handelsräume im Berliner Lapidarium. Gastredner waren der Staatssekretär aus dem Verbraucherministerium Gerd Billen, der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil und Nadine Schön (CDU).





# 2

---

Der Strukturwandel  
im Handel erfordert eine  
Allianz für die Städte

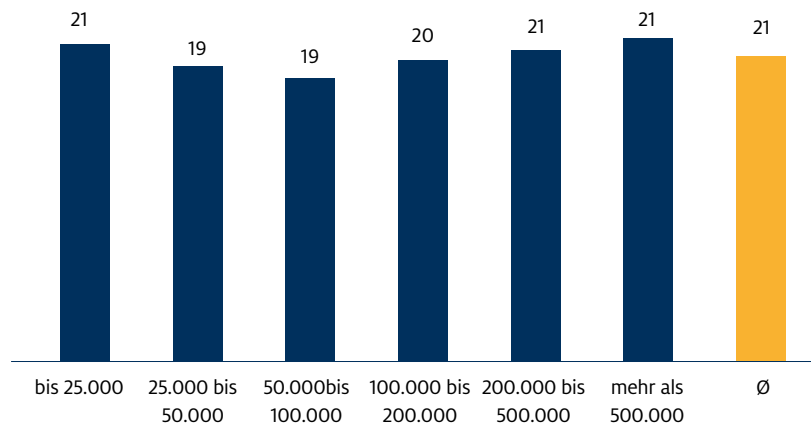
Digitalisierung und Vernetzung lassen Preise transparent und Produkte vergleichbar werden. Neue digitale Geschäftsmodelle drängen mit großer Kraft in den Markt. Verbraucher verändern ihr Einkaufsverhalten und kaufen dort ein, wo sie den besten Preis und den bequemsten Einkauf bekommen. Viele Händler beklagen den Verlust ihrer Informationshoheit und damit auch einen Bedeutungs- und Umsatzverlust. Der Kunde informiert sich nicht nur im Internet, er kauft auch dort. Technologische Innovationen wie

Smartphones und Tablets verschärfen den Wettbewerb und erhöhen den Investitionsdruck für die Händler. Bei einem heute nur langsam wachsenden Gesamtmarkt führt das zu Umsatzverschiebungen – häufig zulasten des stationären Handels. Der HDE macht sich in der politischen Debatte deshalb für Chancengleichheit zwischen den unterschiedlichen Vertriebskanälen – online und stationär – stark.

## Online-Handel: Frequenzverlusten in Städten

Hat sich Ihr Einkaufsverhalten in der Innenstadt durch das Angebot, online einkaufen zu können, verändert?

Ja, ich kaufe verstärkt online ein und besuche daher diese Innenstadt zum Einkaufen seltener.  
Angaben in Prozent der Befragten



Einwohnerzahlen

Quelle: IFH-Studie „Vitale Innenstädte“ 2014

Die Folge dieses veränderten Verbraucherverhaltens ist ein Frequenzrückgang in den Innenstädten. 60 Prozent der Händler berichten in Umfragen des HDE von sinkenden Besucherzahlen in den Läden in den vergangenen zwei Jahren. Vor allem der Fachhandel in kleinen und Mittelstädten ist davon betroffen. Nach Einschätzung der befragten Händler ist die wachsende Bedeutung des Online-Handels dafür die Hauptursache. Verbraucher geben ihrerseits in Umfragen an, die Anzahl ihrer Fahrten ins Stadtzentrum zu reduzieren, weil sie zunehmend online einkaufen. Verbunden mit der teils rückläufigen demografischen Entwicklung sind in einigen Regionen Deutschlands bereits jetzt veröden- de Einkaufsstrassen und Versorgungsen- g-pässe festzustellen.

So oder so ähnlich lässt sich in wenigen Sätzen die Ausgangssituation für die deutsche Handelsbranche im Jahr 2015 formulieren. Und diese Ausgangssituation wirft viele Fragen auf: Welche tatsächlichen Auswirkungen hat der Strukturwandel auf unsere Städte und die Verkehrswege? Wie verändern sich Handelsimmobilien? Was geschieht mit Dienstleistern und Gastronomie, wenn sich Kundenfrequenzen in den Innenstädten verringern? Was geschieht mit dem Gewerbesteueraufkommen in den Kommunen? Wie wirkt sich der Strukturwandel auf die Rolle des Handels als einen der wichtigsten Ausbilder und Arbeitgeber in Deutschland aus? Wie verändern sich Berufsbilder und Tarifverträge? Sollte das Wettbewerbsrecht verändert werden? Welche Rolle spielt der europäische Binnenmarkt?

Im Gespräch: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und HDE-Präsident Josef Sanktjohanser bei der Eröffnung der Dialogplattform Einzelhandel.

Auf die meisten dieser Fragen kennt bislang niemand eine belastbare Antwort. Der HDE hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, den Strukturwandel aus Sicht der Handelsbranche aktiv zu begleiten. Dazu gehören Studien, etwa zur räumlichen Auswirkung des Online-Handels und zu den Frequenzentwicklungen in den Innenstädten. Im Mittelpunkt steht der Strukturwandel aber vor allem bei der im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD verabredeten Dialogplattform Einzelhandel, die der HDE gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium entwickelt hat.

#### **Bundeswirtschaftsministerium und HDE entwickeln Dialogplattform Einzelhandel**

Das Ziel der am 21. April 2015 durch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und den HDE-Präsidenten Josef Sanktjohanser eröffneten Plattform ist es, praxisnahe Lösungsansätze zu entwickeln, um einer Verödung der Innenstädte vorzubeugen und die Nahversorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten. Bis Ende 2016 sollen in 15 Workshops Ansätze





HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth (Mitte) bei der Diskussionsrunde zur Eröffnung der Dialogplattform Einzelhandel.

und Handlungsempfehlungen mit Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden, Kommunen und der Wissenschaft diskutiert werden. Die Leitfragen lauten dabei: Wie können die Einzelhandelsunternehmen, Kommunen, Länder und Bund auf den tiefgreifenden Strukturwandel reagieren? Welche Herausforderungen entstehen für die Beschäftigten? Was müssen die Kommunen tun? Und was ist die Politik? Diese und andere Fragen sollen diskutiert, analysiert und idealerweise mit Lösungsansätzen beantwortet werden. Die gemeinsam entwickelten Erkenntnisse und Standpunkte werden auf der Webseite [www.dialogplattform-einzelhandel.de](http://www.dialogplattform-einzelhandel.de) veröffentlicht. Auf diese Weise entsteht eine aktive Wissensplattform für alle interessierten Akteure.

Das Projekt wird von einem Beirat begleitet, der aus insgesamt 24 Mitgliedern aus Handelsverbänden, Gewerkschaft, Unternehmen, Wissenschaft, Kammern, Ressorts,

Ländern und kommunalen Spitzenverbänden besteht und zweimal jährlich tagt. Geleitet wird der Beirat von Dr. Sabine Hepperle, Abteilungsleiterin Mittelstandspolitik im Bundeswirtschaftsministerium. Co-Vorsitzende sind Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland (HDE) und Stefanie Nutzenberger, Mitglied im Verdi Bundesvorstand.

Die fünf zentralen Themenkomplexe der Plattform reichen von „Perspektiven für eine lebendige Stadt“ und „Perspektiven für den ländlichen Raum“ über „Perspektiven für Arbeit und Berufe“ bis hin zur „Wettbewerbspolitik“ und „Digitalisierung“. Ziel ist, das vorhandene Wissen zu bündeln und neue Perspektiven zu erarbeiten. Vor allem im Bereich Digitalisierung wird es für den Mittelstand interessant. Denn sie ist nicht nur Mit-Auslöser neuer Herausforderungen, sondern bietet auch völlig neue Chancen – etwa bei der Ansprache neuer Kundenschichten

Die Gründungsmitglieder des Wissensnetzwerkes Stadt und Handel. Für den HDE vor Ort: HDE-Bereichsleiter Michael Reink (zweiter von links hinten)



oder der Entwicklung neuer, teils grenzüberschreitender Umsatzpotentiale. Das Ministerium möchte daher unter anderem zusammentragen, wie und wodurch der inhabergeführte mittelständische Einzelhandel digital ertüchtigt werden kann. Es sollen konkrete Best Practice-Fälle präsentiert und ein Instrumentarium für den mittelständischen Handel zusammengestellt werden – von Location based Services über digitale Warenwirtschaft bis hin zu Logistikprozessen.

#### **Wissensnetzwerk Stadt und Handel**

Wissenschaftliche Grundlagen für den Erhalt attraktiver und lebendiger Innenstädte soll das erste universitäre Netzwerk für Stadt und Handel liefern. Der HDE hat das „Wissensnetzwerk Stadt und Handel e.V.“ in Zusammenarbeit mit diversen Hochschulen sowie der Immobilienwirtschaft gegründet. Der Verein erarbeitet Zukunftsperspektiven für das komplexe Thema der Stadt- und Handelsentwicklung vor dem Hintergrund

urbaner Herausforderungen. Damit gelingt es erstmalig unterschiedliche wissenschaftliche Fachdisziplinen, wie Architektur, Städtebau, Stadtmanagement, Betriebswirtschaft, sowie der Immobilienwirtschaft, des Handels und der Projektentwicklung in einen interdisziplinären Dialog zu bringen. Die unmittelbare Vernetzung ermöglicht es, die wissenschaftliche Forschung direkt in die Praxis zu integrieren.



# 3

---

## Die politische Agenda des HDE – Freiräume für Unternehmer



Keine Eingriffe in Geschäftsbeziehungen in der Lieferkette: Nachdem die Bauernverbände die Schuld für sinkende Milchpreise und wirtschaftliche Probleme bei der Milchproduktion beim Handel gesucht hatten, machte HDE-Präsident Josef Sanktjohanser in einem Brief an den Bundeslandwirtschaftsminister die Sicht des Handels deutlich. Gleichzeitig lud er den Minister Christian Schmidt zum Dialog zur HDE-Vorstandsrunde ein. Schmidt nahm an und diskutierte mit den Spitzenvertretern der Handelsunternehmen die Preisentwicklung und ihre Auswirkungen.

### **Abbau von Handelsschranken im EU-Binnenmarkt**

Freiraum brauchen die Unternehmer nicht nur bei den Verhandlungen mit ihren Zulieferern, sondern auch bei Expansionsvorhaben innerhalb des EU-Binnenmarkts. Der europäische Binnenmarkt ist die Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Integration. Sichere, vorhersehbare Rahmenbedingungen und klare Vorgaben sind zentrale Charakteristiken des europäischen Binnenmarktes und sind für den Einzelhandel von grundlegender Bedeutung. Beispiele hierfür sind die einheitlichen Normen und Produktstandards innerhalb der EU, die den grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen erst ermöglichen. Sie garantieren sichere und qualitativ hochwertige Produkte für alle Verbraucher im Binnenmarkt und geben Unternehmen die Gewiss-

heit, dass sie ihre Waren auch in anderen Mitgliedstaaten legal auf den Markt bringen können. Die Unternehmen müssen darauf vertrauen, dass sie überall die gleichen Wettbewerbsbedingungen und entsprechende rechtliche Strukturen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, unabhängig von ihrer Größe in der gesamten EU erfolgreich tätig zu sein.

Mit dem Ziel des Abbaus von Handelsschranken werden auf Initiative des HDE die Probleme des Handels in Osteuropa auf europäischer Ebene adressiert. Welchen Beschränkungen deutsche Handelsunternehmen in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern durch nationale Gesetze oder sonstige Maßnahmen ausgesetzt sind, konnten die im HDE-Büro Brüssel vertretenen Mitgliedsunternehmen bei zahlreichen Gesprächen mit Vertretern aus Europaparlament und

EU-Kommission darlegen und gegenüber der deutschen Politik sowie in den Medien deutlich machen. Abweichende nationale, diskriminierende oder warenspezifische Vorschriften stehen im Widerspruch zu den Grundprinzipien des Binnenmarktes und tragen oft nicht zu einer erhöhten Sicherheit bei. Händler werden in einigen Fällen faktisch durch staatlich aufgebaute Hürden daran gehindert, in einem bestimmten Land tätig zu sein.

Das behindert den grenzüberschreitenden Handel innerhalb des Binnenmarkts. Im Zuge der im Oktober 2015 präsentierten Binnenmarktstrategie der EU-Kommission setzt sich der HDE daher zusammen mit seinem Dachverband EuroCommerce für einen weiteren Abbau von Handelsbarrieren und für eine bessere Durchsetzung der bestehenden Vorschriften ein.

#### **Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Handel**

Ein Händler, der an einen Privatkunden im EU-Ausland liefert, muss nach geltendem Recht den Umsatz im jeweiligen Ansässigkeitsstaat seines Kunden versteuern, wenn

die Lieferungen in diesen Staat einen bestimmten Umfang überschreiten. Das bedeutet, dass er sich dort umsatzsteuerlich registrieren und Umsatzsteuererklärungen nach ausländischem Recht an ein ausländisches Finanzamt übermitteln muss. Dies führt zu einer hohen bürokratischen Belastung und stellt ein Hindernis für den digitalen Binnenmarkt dar. Die digitale Binnenmarktstrategie der EU-Kommission kündigt daher auch neue Umsatzsteuerregelungen an, damit Unternehmen leichter am grenzüberschreitenden Online-Handel teilhaben können. Unter anderem soll eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmen, wie es sie schon beim Verkauf von digitalen Produkten gibt, auch für physische Produkte eingeführt werden. Bei Verkäufen ins Ausland könnte ein deutsches Unternehmen damit zentral an eine Stelle in Deutschland Steuererklärungen auf elektronischem Weg übermitteln und müsste nicht in jedem Staat seines jeweiligen Kunden Steuererklärungen einreichen. Mit der Ausweitung der zentralen Anlaufstelle auf den gesamten Online-Handel kommt die Kommission einer zentralen HDE-Forderung nach. Konkrete Gesetzesvorschläge sind für das Jahr 2016 zu erwarten.



Gastredner beim HDE-Nikolausempfang in Brüssel: Carsten Pillath, Generaldirektor für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union.



### Fairere Regelung beim Rundfunkbeitrag

Am 1. Januar 2013 trat der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und damit das neue Rundfunkbeitragsmodell in Kraft. Für die Höhe des Beitrags ist seitdem die Anzahl der Mitarbeiter je Betriebsstätte sowie die der betrieblich genutzten Kraftfahrzeuge maßgeblich. Folge des Systemwechsels waren deutliche Beitragssteigerungen für zahlreiche Unternehmen. Insbesondere die Diskriminierung von filialisierten und durch hohe Teilzeitquoten gekennzeichneten Unternehmen wurde seitens des HDE massiv kritisiert. Vor diesem Hintergrund hat sich der HDE gemeinsam mit den Landesverbänden intensiv für Nachbesserungen eingesetzt und konnte einen wichtigen Teilerfolg verzeichnen. Im Juni 2015 haben die Ministerpräsidenten der Länder Änderungen des Rundfunkbeitragsystems beschlossen, darunter die vom HDE geforderte Möglichkeit, die Mitarbeiterzahlen je Betrieb optional auf Basis von Vollzeitäquivalenten statt bisher Köpfen melden zu können. Die geplante Änderung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags im Hinblick auf § 6 Absatz 4 ist geeignet, für mehr Beitragsgerechtigkeit zu sorgen. Zahlreiche Unternehmen werden in Abhängigkeit von ihrer Mitarbeiter- und Betriebsstruktur zukünftig spürbar entlastet werden. Dies kommt insbesondere Unternehmen des Einzelhandels zu Gute. Wenn gleich durch eine Umstellung auf Vollzeitäquivalente grundsätzliche Probleme des Beitragssystems nicht gelöst werden, trägt die geplante Änderung doch dazu bei, vorhandene Belastungssprünge abzufedern. Mit einem in Kraft treten ist nach Ratifizierung durch die Länder Anfang 2017 zu rechnen.

### Produktsicherheit: Herstellerpflichten nicht auf Handel abwälzen

Die Reform der EU-Gesetzgebung zur Sicherheit von Verbraucherprodukten und zur Marktüberwachung ist ins Stocken geraten, da sich die Mitgliedstaaten nicht auf eine gemeinsame Position zur verpflichtenden Kennzeichnung des Ursprungslands einigen können. Die EU-Kommission wird bis 2016 einen neuen Gesetzesvorschlag zur Marktüberwachung erarbeiten, um die politische Blockade zu lösen. Der HDE und EuroCommerce verfolgen das Thema genau, da praktisch alle Waren aus dem Bereich Non-Food von der Gesetzgebung betroffen sind. Ziel ist es, eindeutige und praxistaugliche Regelungen zu entwickeln und dabei der Abwälzung von Herstellerpflichten auf den Einzelhandel entgegenzuwirken.

### Zahlungssysteme: Faire Gebühren

Ebenfalls im Rahmen eines europäischen Gesetzgebungsverfahrens hat sich der HDE in Brüssel und Berlin aktiv für eine Deckelung der Interbankenentgelte eingesetzt und konnte bei diesem Thema einen deutlichen Erfolg verbuchen. Die Gebühren werden für die Händler fällig, wenn sie die Kartenzahlung eines Kunden entgegennehmen. Die vom EU-Parlament und dem Rat im Frühjahr 2015 angenommene Verordnung, die seit Juni 2015 in Kraft ist, enthält für den Handel wichtige Kernpunkte. So dürfen Herausgeber von Kreditkarten für jede Zahlung maximal 0,3 Prozent des Umsatzes verlangen. Bei Debitkarten (z. B. die EC-Karte) gilt ein Limit von 0,2 Prozent. Die neue Regelung gilt sowohl für inländische als auch für grenzüberschreitende Transaktionen. Die Regelungen zur Deckelung gelten ab Dezember 2015, weitere technische Regelungen ab Juni 2016.

Zur Steuerpolitik tauschte sich der stellvertretende HDE-Hauptgeschäftsführer Stephan Tromp (zweiter von links) gemeinsam mit anderen Verbandskollegen aus der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand mit Michael Meister (CDU), dem parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, aus.



Auch bei Deutschlands meist genutztem Zahlungsverfahren, dem sogenannten Girocard-System, drängt der HDE seit Jahren auf eine Anpassung der unverändert hohen Gebühren. Das Bundeskartellamt sah dies nun ebenso und verfügte mit Wirkung zum November 2014, dass künftig nur noch verhandelte Entgelte für Transaktionen eingesetzt werden dürfen. Dies soll mit Einbindung sogenannter Händlerkonzentratoren realisiert werden.

### **Erbschaftsteuer darf Familienbetriebe nicht schwächen**

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 2014 grundsätzlich bestätigt, dass der Gesetzgeber Betriebe von der Erbschaftsbeziehungsweise der Schenkungssteuer mit dem Ziel des Erhalts des Betriebes und der mit ihm verbundenen Arbeitsplätze weitreichend verschonen dürfe. Die Politik muss jetzt aber die Regelungen in einigen Punkten anpassen und eine praxisfreundliche sowie rechtssichere Lösung hinbekommen. Mit den Beschlüssen des Bundesrates zur Erbschaftsteuer bleibt das Problem der

Überbewertung von Unternehmen ungelöst. Wenn die Reform der Erbschaftsteuer so kommt, dann führt das bei Familienunternehmen im Erbfall oft zu Überbesteuerungen. Denn die derzeit geltenden Regelungen haben Überbewertungen von Unternehmen zur Folge. Erbschaftsteuern müssten dann auf Werte gezahlt werden, die tatsächlich überhaupt nicht vorhanden sind. Der Bundesrat will einerseits in weiterem Umfang als im Entwurf der Bundesregierung vorgesehen die Unternehmen besteuern, gleichzeitig aber die Möglichkeiten zur ratenweisen Zahlung der Steuern einschränken. Damit entsteht das Risiko, dass das Unternehmensvermögen angegriffen werden muss, um Erbschaftsteuer zu zahlen. Das gefährdet im Ergebnis Arbeitsplätze und notwendige Investitionen. Es sollte sichergestellt werden, dass der Erbe seine Steuerlasten aus den Gewinnausschüttungen finanzieren kann. Zumindest verzichtet der Bundesrat darauf, eine Absenkung der Prüfschwelle zu fordern, ab der Unternehmen als groß gelten.



### **Steuerbetrug bekämpfen – aber verhältnismäßig**

Die Bundesländer planen, gegen Steuerbetrug durch Manipulationen von Registrierkassen vorzugehen. Insbesondere der vorgesehene technische Manipulationsschutz ist dabei aus der Sicht des Handels problematisch. Darauf hat der HDE in mehreren Gesprächen und schriftlichen Stellungnahmen gegenüber den Ländern, dem Bundesfinanzministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium und Bundestagsabgeordneten hingewiesen.

Dass die Finanzverwaltung gegen Steuerbetrug mit Registrierkassen vorgeht, ist richtig und wichtig. Allerdings darf der erforderliche Kontrollaufwand der Finanzverwaltung mit der Folge unverhältnismäßiger Kassenaufrüstungsverpflichtungen nicht auf die Wirtschaft ausgelagert werden. Die Umrüstungsmaßnahmen müssen von den Unternehmen bezahlt werden – ob Steuerhinterzieher oder gesetzestreuer Steuerzahler. Für das von den Ländern präferierte INSIKA-Konzept sind Erstinvestitionskosten von ca. 150 Euro bis 300 Euro pro Kasse zu erwarten. Dazu kommt ein laufender jährlicher Aufwand. Der HDE tritt dafür ein, dass als Manipulationsschutz verschiedene Technologien und Systeme zugelassen werden. Wichtig ist, dass Unternehmen, bei denen

aufgrund der bereits vorhandenen Technologie und internen Kontrollsysteme keine steuerhinterziehungsgetriebene Kassenmanipulation vorkommen kann, nicht mit unnützen Aufrüstungsanforderungen belastet werden.

### **Energiewende: Faire Kostenverteilung gefragt**

Handel und Haushalte zahlen noch immer die Stromrechnung der Industrie. In zahlreichen Gesprächen, Publikationen, Interviews und Stellungnahmen machte der HDE auf die derzeitige Situation, Herausforderungen und Potenziale der Branche aufmerksam. Gerade die Kostenvermeidung spielte dabei eine erhebliche Rolle. Der Handel hat als Branche einen Anteil von sechs Prozent am deutschen Gesamtstromverbrauch. Im Bereich der Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien zahlt der Handel aktuell rund 2,2 Milliarden Euro, wobei die Gesamtförderkosten bei 21,8 Milliarden Euro lagen. Hier hat der Handel etwas mehr als zehn Prozent der Ausbaukosten für erneuerbare Energien gezahlt. 472 Millionen Euro hat der Handel davon für die Privilegierung der energieintensiven Industrie aufwenden müssen.

Im Bereich der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zahlt der Handel aktuell rund 35 Millionen Euro. Die Gesamtkosten



belaufen sich auf rund 650 Millionen Euro. Der Handel kommt also für knapp fünf Prozent der Förderkosten auf. Durch die Novelle des KWK-Gesetzes soll nun die Ermäßigung für den Handel fallen. Gleichzeitig soll das Fördervolumen auf 1,5 Milliarden Euro angehoben werden. Durch diese Maßnahmen können lediglich fünf Prozent der Abnahmestellen des Einzelhandels von einer vergünstigten Umlage profitieren. Vorher waren es über 50 Prozent. Die Kostenbelastung des Handels steigt dadurch von 35 Millionen auf rund 160 Millionen Euro. Damit wird der Handel auch im KWK-Gesetz mehr als zehn Prozent der Förderkosten tragen müssen.

Insgesamt wird deutlich, dass der Handel rund zehn Prozent der jeweiligen Förderkosten bezahlen soll, aber nur rund sechs Prozent des deutschen Stromverbrauchs verursacht. Der HDE setzt sich für dafür ein, diese Ungerechtigkeit bei der Kostenverteilung abzuschaffen. Politisch prekär ist dabei, dass jede Forderung nach einer Vergünstigung für den Handel eine Mehrbelastung für den Verbraucher oder die Industrie bedeutet. Eine konsumbremsende Mehrbelastung des Verbrauchers muss jedoch vermieden werden. Damit würde lediglich die Industrie übrig bleiben, um die Kostenbelastung des Handels abzufangen. Hierzu ist die Bereitschaft der Politik allerdings eher gering. Deshalb wird

es eine der wesentlichen Aufgaben des kommenden Jahres sein, dieses Ungleichgewicht abzubauen und das Dilemma aufzulösen.

#### **Handel reduziert Kosten für Energieaudits um rund 50 Prozent**

Auch an der Diskussion über das Energiedienstleistungsgesetz hat sich der HDE im Sinne einer wirtschaftlich vertretbaren Kostenbelastung politisch beteiligt. Die Einbringung aktiver Vorschläge zur kostenmindernden Umgestaltung des Gesetzesentwurfs hat Früchte getragen. Die Hauptforderungen des HDE wurden allesamt umgesetzt. Hervorzuheben ist dabei die Möglichkeit des Multi-Site-Verfahrens. Dieses ermöglicht dem filialisierten Handel die Durchführung stichprobenartiger Energieaudits. Es muss also nicht jede Filiale energetisch bewertet werden. Große Filialisten können so hohe zweistellige Millionenbeträge einsparen. In drei Veranstaltungen hat der HDE die Mitgliedsunternehmen entsprechend informiert und einen engen politischen Austausch hergestellt.

#### **Ansiedlungen: Flächenerwerbszertifikate mindern Rentabilität**

Die Bundesregierung plant bis zum Jahr 2020 eine Reduzierung des Flächenverbrauchs von derzeit 73 ha/Tag auf 30 ha/Tag. Um



dieses Ziel zu erreichen, wird die Einführung von Flächenzertifikaten als Maßnahme zum bewussten Umgang mit dem Flächenverbrauch bzw. der konsequenten Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens ohne die Einführung zusätzlicher Zertifikate diskutiert. Der HDE ist Mitglied der vom Bundesministerium für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit berufenen Expertengruppe und hat sich deutlich gegen die Einführung derartiger Flächenzertifikate ausgesprochen. Eine Umsetzung erscheint zurzeit wenig wahrscheinlich. In der Konsequenz wäre durch diese Zertifikate zu befürchten, dass bei einer Neuansiedlung neben den Kosten für den Flächenerwerb zusätzlicher finanzieller Aufwand für ein Flächenzertifikat entstehen würde, so dass die Rentabilität einer Handelsansiedlung nach unten korrigiert werden müsste.

#### **Keine unverhältnismäßigen Gewährleistungsansprüche schaffen**

Mehrere aktuelle politische Initiativen zielen auf eine Erweiterung von Gewährleistungsansprüchen zu Lasten des Einzelhandels. Zum einen wird zur Umsetzung einer Vereinbarung der Regierungsparteien diskutiert, wie Handwerker von der Haftung für von ihnen eingebaute mangelhafte Baumaterialien freigestellt werden können. Dabei geht es darum, dass der Handel bei Handwerkern

– wie gegenüber einem Verbraucher – für die Kosten des Aus- und Wiedereinbaus aufkommen soll. Der HDE hat auf einer Veranstaltung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und in vielen Gesprächen mit Abgeordneten und Vertretern der Bundesregierung davor gewarnt, die Maßstäbe, die im Verhältnis zu Verbrauchern gelten, auf das B2B-Verhältnis zu übertragen. Die Ursache für einen mangelhaften Bauzustand ist oftmals ohne Gutachten nicht feststellbar und liegt zumeist in einem Einbaufehler und nur im Ausnahmefall an einem Materialfehler. Für diese wenigen Fälle ist die angedachte Regelung unverhältnismäßig und führt zu Rechtsunsicherheit für die Handelsunternehmen – auch im Hinblick auf die angemessene Höhe der Kosten des Aus- und Wiedereinbaus. Für den Herbst 2015 wird mit einem Referentenentwurf des zuständigen Ministeriums gerechnet. Der HDE wird sich auch weiter gegen eine Regelung, die das Handwerk einseitig zu Lasten des Handels von einer Mangelhaftung befreit, engagieren.

Darüber hinaus hat eine Projektgruppe der Verbraucherschutzministerkonferenz und der Justizministerkonferenz Vorschläge zur Ausweitung von Gewährleistungsrechten zu Gunsten des Verbrauchers erarbeitet. Im Rahmen einer Anhörung und eines Expertengesprächs mit den Mitgliedern der Projektgruppe warnte der HDE davor, die heute schnelle und unkomplizierte Abwicklung von Gewährleistungsbegehren der Kunden durch eine Überregulierung zu gefährden und den Einzelhandel unverhältnismäßig zu belasten. Der HDE hat darüber hinaus eine Studie in Auftrag gegeben, die die Zufriedenheit der Verbraucher mit der Abwicklung von Gewährleistungsansprüchen durch den Einzelhandel untersucht, und mit der die politische Arbeit und Argumentation des HDE flankiert werden soll. Ein Abschlussbericht der Projektgruppe ist für das Jahr 2016 zu erwarten.

### **Abmahnmissbrauch bekämpfen**

Der HDE fordert seit längerem wirksame Maßnahmen des Gesetzgebers zur Bekämpfung des Abmahnmissbrauchs. Dieser wird ausschließlich mit dem Ziel praktiziert, auf Kosten der betroffenen Unternehmer Gebühren zu generieren. Die Absicht, faire Wettbewerbsverhältnisse herzustellen, tritt dabei völlig in den Hintergrund. Abgemahnt werden daher auch kleinste Rechtsverstöße, die von den Unternehmern mit guten Gründen als Bagatellen empfunden werden und in der Praxis keine Auswirkung auf den Wettbewerb haben. Auf Initiative des HDE wurde daher im Koalitionsvertrag festgelegt, die praktischen Auswirkungen des Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken mit den unzureichenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Abmahnmissbrauchs zu evaluieren. In Betracht gezogen wird nach Abschluss der Evaluation auch die – vom HDE seit langem geforderte – Streichung des fliegenden Gerichtsstands. Die Änderung dieser Regelung im Lauterkeitsrecht ist insbesondere mit Blick auf kleine und mittelgroße Handelsunternehmen aus praktischen und rechtssystematischen Gründen wichtig.

Eine gute Gelegenheit, die notwendigen gesetzlichen Änderungen in Angriff zu nehmen, hat die aktuelle Novelle des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) geboten. Entgegen dem Petitum des HDE hat sich die Bundesregierung aber nicht entschließen können, die Regelung des fliegenden Gerichtsstands, deren Missbrauchsanfälligkeit dabei aber nicht in Frage gestellt wurde, endlich abzuschaffen. Dabei hat sich auf Initiative des HDE auch der Deutsche Bundesrat in seiner Stellungnahme für eine entsprechende Prüfung stark gemacht. Im parlamentarischen Verfahren wird sich der HDE weiterhin für eine entsprechende Änderung einsetzen. Im Hinblick auf die gesamte UWG-Novelle ist es dem HDE aber bereits gelungen, geplante Regulierungen des B2B-Verhältnisses mit

Einschränkungen der Verhandlungsspielräume im UWG zu verhindern und so die Vertragsfreiheit der Einzelhandelsunternehmen zu sichern. Im Rahmen des laufenden parlamentarischen Verfahrens setzt sich der HDE für eine Streichung des geplanten und im Detail praxisfremd gestalteten Verbots aggressiver geschäftlicher Handlungen im B2C-Verhältnis ein, da die geplante Regelung überflüssig ist und zu neuen Rechtsunsicherheiten führen kann. Weiterhin will der HDE durch Klarstellungen im Gesetz mehr Rechtssicherheit für Genossenschaften und Verbundgruppen bei gemeinsamer Werbung ermöglichen. Mit dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens ist noch im Jahr 2015 zu rechnen.

### **Freiwilligkeit bei der alternativen Streitbeilegung sicherstellen**

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (2013/II/EU) vorgelegt, der zwischenzeitlich auch von der Bundesregierung beschlossen wurde. Der HDE hat das Gesetzgebungsvorhaben von Beginn an aktiv begleitet und auf diese Weise die Berücksichtigung der Interessen des Einzelhandels bereits bei der Erstellung des Gesetzentwurfs und eine Sensibilisierung der Parlamentarier für das Thema ermöglicht. Erfreulicherweise hat die europäische Richtlinie dem deutschen Gesetzgeber flexible Umsetzungsmöglichkeiten geboten. Zwingende Belastungen für die Wirtschaft sind mit der Richtlinie daher nicht verbunden. Es war erklärtes Ziel des HDE, bei der Umsetzung eine Verkomplizierung der Abläufe bei Streitigkeiten im B2C-Verhältnis und unnötige Kostenbelastungen für die Wirtschaft zu vermeiden. Dies ist bisher im Grundsatz gelungen.



# 4

---

Für eine ökologisch und sozial  
nachhaltige Lieferkette



Der Handel ist eine der drei größten Wirtschaftsbranchen in Deutschland. Die damit verbundene Verantwortung nimmt die Branche ernst. Die Händler engagieren sich für ressourcenschonende und sozial verantwortliche Produktionsketten. Die Branche ist dabei im ökologischen, sozialen, sowie Umwelt- und Energiebereich tätig.

#### **Wertstoffgesetz**

Nach der akuten Krise des dualen Systems im Jahr 2014 und der damit einhergehenden millionenschweren Zahlung des Handels zum Systemerhalt, stand das zurückliegende Jahr ganz im Zeichen des Wertstoffgesetzes. Und der Einsatz des Handels für ein schlagkräftiges Gesetz zeigt Wirkung. Mit dem Ende Oktober vom Bundesumweltministerium vorgelegten Arbeitsentwurf sollen die Grundpfeiler des bewährten Systems – Produktverantwortung der Inverkehrbringer und Wettbewerb im System – erhalten und ausgebaut werden. Gemeinsam mit seinen Partnern aus der Industrie hat sich der HDE von Anfang an im Rahmen der Projektgesellschaft Zentrale Wertstoffstelle intensiv in den Prozess eingebracht und ist mit dem Aufbau einer Zentralen Stelle in konkrete Vorleistung gegangen.

Es bleibt klare Erwartungshaltung, dass im Rahmen des weiteren Verfahrens die erfolgreiche privatwirtschaftliche Kreislaufwirt-

schaft fortgesetzt und in der zukünftigen Zentralen Stelle die Kontrolle der ordnungsgemäßen Lizenzierung und Systemteilnahme eine Schlüsselrolle einnimmt. Ihrer Verantwortung als Inverkehrbringer entsprechend haben sich deshalb einige Handelshäuser bereit erklärt, die inhaltliche Vorbereitung des Gesetzes und konkret den Aufbau dieser Zentralen Stelle, die als beliehene Stiftung zukünftig die Kontrolle über Produktverantwortliche wie auch duale Systeme, Entsorger und andere übernehmen soll, nicht nur finanziell durch Darlehen, sondern auch personell mit Fachexpertise zu unterstützen. In der Vorläuferin der Stiftung gegründeten Zentrales Wertstoffregister GmbH arbeiten unterschiedliche Expertengruppen in enger Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium an den notwendigen Voraussetzungen.

Zur kurzfristigen Stabilisierung des dualen Systems und der dauerhaften Sicherstellung der Verantwortung des Handels für eine ordnungsgemäße Verpackungslizenzierung arbeitet der HDE darüber hinaus parallel an einem Prozessauditverfahren. Ziel der Audits soll die Eindämmung offenkundiger Missbrauchsmöglichkeiten in der Lizenzierungspraxis bei den lizenzierungspflichtigen Lieferanten und Eigenmarkenbetrieben sein. Hierzu werden im Rahmen eines standardisierten und an die IFS-Praxis angelehnten Verfahrens Betriebe dahingehend

Die Umweltthemen im Fokus: Marion Sollbach (Vorsitzende des HDE-Umweltausschusses) mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth.



geprüft, ob sie über interne Prozessstrukturen verfügen, die eine gemäß Verpackungsverordnung vorgeschriebene Lizenzierung überhaupt ermöglichen. Auf Basis der Ergebnisse aus mehreren Probeaudits wird aktuell an einer finalisierten Fassung des Verfahrens gearbeitet. In Gesprächen mit dem Bundeskartellamt sollen zudem kartellrechtliche Bedenken der Behörde gegen das Audit ausgeräumt werden.

#### **EU-Kreislaufwirtschaftsgesetz**

Auch auf EU-Ebene gibt es Pläne zu neuen Vorgaben für eine Kreislaufwirtschaft. Das von der Kommission im Juni 2014 vorgelegte Maßnahmenpaket wurde von der neuen Kommission jedoch als unzureichend gesehen und zurückgezogen. Die Kommission wird im Dezember 2015 ein verbessertes und ambitionierteres Maßnahmenpaket vorlegen. Neben Gesetzesvorschlägen zur Verbesserung der europäischen Abfall- und Recyclingindustrie (bessere Umsetzung, höhere Quoten für Sammlung und Verwertung, hochwertigeres Recycling) plant die Kommission auch Eingriffe in die Produktpolitik. So soll sichergestellt werden, dass Produkte möglichst ressourceneffizient und leicht zu recyceln sind. Der HDE begleitet das Gesetzgebungsverfahren bereits im Frühstadium intensiv, um Entscheidungsträger über Belastungen und mögliche praktische Probleme zu informieren.

#### **EU-Plastiktüten-Richtlinie**

Im April hat die EU die sogenannte „Plastiktüten-Richtlinie“ beschlossen und damit den Mitgliedstaaten vorgeschrieben, den jährlichen Verbrauch von Plastiktüten ab 2020 auf maximal 90 bzw. ab 2026 auf 40 Plastiktüten zu senken, oder alternativ bis spätestens 2019 eine Bezahlpflicht einzuführen. Für Deutschland hat das Bundesumweltministerium die Umsetzung in Form einer zeitnahen gesetzlichen Bezahlpflicht angekündigt. Obwohl Deutschland mit seinem aktuellen Pro-Kopf-Verbrauch von 71 Stück bereits die erste Zielvorgabe weit übererfüllt, hat sich der HDE dazu entschlossen, eine gesetzliche Zwangsabgabe vermeiden zu wollen und im Rahmen einer freiwilligen Initiative selbst aktiv zu werden. Im Vergleich zu einer gesetzlichen Maßnahme, die nur auf den Geldbeutel des Verbrauchers, nicht aber auf eine Veränderung des Kundenverhaltens abzielt, will die Branche mit der freiwilligen Einführung der Bezahlpflicht auch kundenorientierte Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen verbinden. Ziel ist es, den Kunden dazu zu bringen, sich bewusst für oder gegen eine Tragetasche bzw. für die eine oder die andere Materialart zu entscheiden. In enger Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium wird derzeit an einer EU-konformen freiwilligen Handelsinitiative gearbeitet. Der HDE verspricht sich von einer branchenweiten Einführung der Vereinbarung, die

voraussichtlich zum 1. April 2016 in Kraft treten soll, einen wirksamen Beitrag zum bewussten Umgang mit Ressourcen und einen überzeugenden Imagegewinn. Der Erfolg dieser Initiative hängt aber wesentlich von der breiten Unterstützung und einer hohen Marktabdeckung der Unternehmen ab.

### **ElektroG – Rücknahmepflicht nimmt kleine Betriebe aus**

Mit dem Inkrafttreten der Änderungen des Elektrogesetzes am 24. Oktober sind Teile des Einzelhandels künftig verpflichtet, Elektroaltgeräte der Kunden kostenlos zurückzunehmen. Diese Pflicht gilt sogar ohne den Neukauf eines Gerätes, sofern es sich um Altgeräte, die kleiner als 25 cm Kantenlänge sind, handelt. Eine Rücknahmepflicht für den Handel hatte sich bereits lange abgezeichnet und war auch von der zugrundeliegenden europäischen Richtlinie (WEEE-Richtlinie) explizit vorgesehen. Der HDE konnte wesentliche Erleichterungen im Gesetz – insbesondere für den mittelständisch geprägten Einzelhandel – erreichen. Entgegen dem ersten Gesetzentwurf, in dem alle Händler, die Elektrogeräte vertreiben, unabhängig von ihrer Größe Altgeräte zurücknehmen sollten, sind nun nur noch Händler mit mind. 400qm Elektroverkaufsfläche zur Rücknahme verpflichtet. Ohne diese Einschränkung hätte das Gesetz zu enormen logistischen Problemen bei kleineren Unternehmen geführt.

Als weiteren für den HDE wichtigen Punkt konnte sichergestellt werden, dass es durch das Gesetz zu keiner Ungleichbehandlung der Vertriebschienen kommt. Auch Online-Händler werden, sofern sie über

Lagerflächen für Elektrogeräte von mindestens 400 Quadratmetern verfügen, zukünftig in gleicher Weise Altgeräte zurücknehmen müssen. Das Elektrogesetz sieht zur ordnungsgemäßen Umsetzung zahlreiche Pflichten für den Handel vor. Zur besseren Verständlichkeit und Übersichtlichkeit, hat der HDE hierzu einen Leitfaden erstellt, den interessierte Mitglieder online abrufen können.

### **Ökodesign und Energielabel**

Der Handel ist beim Verkauf einer wachsenden Zahl von Produktgruppen dazu verpflichtet, im Geschäft bzw. im Online-Shop das jeweilige Energielabel auszustellen. Die zugrundeliegende EU-Rahmenrichtlinie wird seit Mitte 2015 überarbeitet. Auf Grund von unklaren, lückenhaften oder sogar widersprüchlichen Formulierungen im Gesetz führt das Energielabel in der Praxis für viele Händler zu hohem Aufwand und zusätzlichen Kosten. Der HDE setzt sich dafür ein, das Energielabel praxisfreundlicher zu gestalten und neue, unnötige Belastungen möglichst zu vermeiden.

### **Energieeffizienznetzwerke statt Ordnungsrecht**

Um weiteren regulierendem Ordnungsrecht entgegenzuwirken, hat der HDE mit dem Wirtschaftsministerium eine Selbstverpflichtung zur aktiven Unterstützung des Aufbaus von 500 Energieeffizienznetzwerken unterschrieben. Im Gegenzug soll es keine verpflichtenden Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz geben. Hierzu wurden bereits zwei informierende Veranstaltungen durchgeführt, die die Vorteile der Energieeffizienznetzwerke beleuchtet haben.

Leitfaden Elektrogesetz  
[www.einzelhandel.de/elektrogesetz](http://www.einzelhandel.de/elektrogesetz)



HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth bei der Unterzeichnung der Vereinbarung zu Energieeffizienznetzwerken mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks.



### Ausschreibungsmodell für Energieeffizienzmaßnahmen

Gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium hat der HDE bei der Ausarbeitung eines neuen Förderinstruments für Energieeffizienzmaßnahmen mitgewirkt. Ab 2016 sollen Akteure Maßnahmen zur Stromeinsparung identifizieren und sie bei einem Wettbewerb um Förderzuschüsse einreichen. Damit will die Bundesregierung maximale Stromeinsparungen mit einem möglichst guten Kosten-Nutzen-Verhältnis erreichen. Es werden Technologien oder andere Maßnahmen nicht mit einem festen Fördersatz vergütet, sondern es erhalten diejenigen Maßnahmen den Zuschlag, die die höchste Stromeinsparung pro „Förder-Euro“ erreichen. Der HDE hat bei der Ausgestaltung darauf geachtet, dass insbesondere der Handel an diesem Instrument partizipieren kann. Im nächsten Jahr soll ein Verfahren für kleinere Bieter starten. Zudem besteht die Möglichkeit viele Maßnahmen zu bündeln und als eine Gesamtmaßnahme einzureichen. Bis 2018 plant die Bundesregierung, Ausschreibungen mit einem Volumen von rund 300 Millionen Euro auf den Weg zu bringen. Wenn sich das Ausschreibungsmodell bewährt, soll es ab 2018 fortgeführt, weiterentwickelt und ausgeweitet werden.

### HDE Klimaschutzoffensive „Der Handel packt's an“

Zur weiteren Senkung der Treibhausgasemissionen und der Verbesserung der Energieeffizienz, hat sich der HDE im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums einem Ideenwettbewerb gestellt und wurde aus über 300 Anträgen als förderwürdigste Initiative ausgewählt. Die Kampagne soll insbesondere Informationen bereitstellen, um Hemmnisse zur Durchführung von Effizienzmaßnahmen abzubauen. Hierzu soll ein Internetportal mit vielen hilfreichen Instrumenten zur Verfügung gestellt werden. Zudem werden Point-of-Sale-Maßnahmen durchgeführt. Flankiert wird das mit rund 100 Veranstaltungen und Workshops bis Ende 2018. Bei Redaktionsschluss dieses Geschäftsberichts wurden die letzten Details mit dem Umweltministerium geklärt.

### Schnelle Marktdurchdringung energieeffizienter Produkte durch den Handel

Im Rahmen des nationalen Aktionsprogramms Energieeffizienz haben sich erstmals im Dezember 2014 Mitgliedsunternehmen des HDE und das Bundeswirtschaftsministerium für einen informellen Erfahrungsaustausch an einem runden Tisch



HDE-Präsident Josef Sanktjohanser bei der 1. Mitgliederversammlung des Textilbündnisses in Berlin.

zusammengefunden, um über die Möglichkeiten der schnelleren Marktdurchdringung energieeffizienter Produkte zu diskutieren. Diese Ideen sollen nun mit einem finanziellen Volumen von rund fünf Millionen Euro pro Jahr in den nächsten drei bis fünf Jahren umgesetzt werden. Dem Handel soll dabei als Schnittstelle zwischen Verbraucher und Industrie eine Schlüsselfunktion zukommen.

#### **Studie zur Energieeffizienz von Handelsimmobilien**

Gemeinsam mit der Deutschen Energie Agentur (dena) erarbeitet der HDE eine Studie zur Energieeffizienz von Handelsimmobilien. Ziel der Studie ist insbesondere die Bewertung der energetischen Situation und die Abbildung von Eigentümerstrukturen. In einem nächsten Schritt sollen Lösungsansätze erarbeitet werden, um das Eigentümer-Mieter-Dilemma zu lösen. Es soll also die Frage gelöst werden, wie Gebäudesanierungen die Nebenkosten von Mietern senken können ohne direkt in höhere Mieten für den Händler umzuschlagen.

#### **Soziale Verantwortung in der Lieferkette**

Zu sozialer Verantwortung in der Lieferkette gibt es eine ganze Reihe von nationalen, europäischen und internationalen Initiativen. Sie alle zielen darauf ab, dass Unternehmen

soziale Standards in ihren Lieferketten bis zum letzten Glied vereinbaren, über die Einhaltung wachen und berichten sowie gegebenenfalls für Verstöße haften.

#### **Bündnis für nachhaltige Textilien**

Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige für Entwicklungs- und Schwellenländer. Mehr als 60 Millionen Menschen arbeiten weltweit in der Branche. Die einzelnen Fertigungsstufen der textilen Produktion sind häufig auf verschiedene Länder der Welt verteilt. Das führt zu komplexen Lieferantennetzwerken, die schwer zu kontrollieren sind. In vielen Ländern entsprechen die Produktions- und Arbeitsbedingungen nicht den international anerkannten Umwelt- und Sozialstandards. Es wird zum Teil unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert. Der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza im April 2013 in Bangladesch, bei dem mehr als 1.100 Menschen starben, verdeutlicht zudem, dass Unternehmen in diesen Produktionsländern an ihre Grenzen stoßen, wo staatliche Behörden sich ihrer Verantwortung entziehen und ihrer Kontrollfunktion nicht nachkommen. Der HDE setzt sich deshalb gezielt für die nachhaltige Entwicklung und die Einführung von Sozial- und Umweltstandards entlang der textilen Lieferkette ein. Flächendeckende

Der HDE beteiligte sich aktiv im Steuerungskreis am Aufbau des Textilbündnisses. In Zusammenarbeit mit dem Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (Mitte) konnten bereits zahlreiche Unternehmen von einer Mitgliedschaft überzeugt werden. Rechts auf dem Bild: HDE-Präsident Josef Sanktjohanser und HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth.



Verbesserungen sind jedoch nur möglich, wenn sich die verschiedenen Akteure der Branche zusammenschließen und entsprechende Maßnahmen umsetzen. Auf Initiative von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller wurde im Oktober 2014 das Bündnis für nachhaltige Textilien gegründet. Die Idee dahinter ist, dass Vertreter von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bundesregierung gemeinsam auf die soziale und ökologische Gestaltung der textilen Wertschöpfungskette hinarbeiten.

Dem Bündnis wurde ein Aktionsplan zu Grunde gelegt, der anfangs in seiner Fassung nicht geeignet war, eine breite Beteiligung von Unternehmen der Textilwirtschaft (national und international) zu befördern. Die Verbände aus der Textilwirtschaft legten deshalb im Frühjahr 2015 dem Textilbündnis ein Verhandlungsangebot zur Konkretisierung des Aktionsplans vor. Gemeinsam mit Vertretern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Deutschen Gesellschaft für Internationalen Zusammenarbeit (GIZ) und der Zivilgesellschaft konnten die Verbände eine Überarbeitung der wesentlichen Grundlagen des Aktionsplans unter Beibehaltung der Ziele des Bündnisses erzielen. Mit dieser neuen Fassung des Aktionsplans konnte

der HDE seinen Mitgliedsunternehmen den Beitritt zum Textilbündnis empfehlen. Mit anschließendem Beitritt des HDE, der Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels (AVE) sowie des Gesamtverbands der deutschen Textil- und Modeindustrie sowie 157 (Stand Oktober 2015) namhafter Unternehmen ist dem Textilbündnis am 2. Juni 2015 der Durchbruch gelungen. Durch die Wahl Ende Juli in den Steuerungskreis des Bündnisses – dem zentralen Kontroll- und Entscheidungsgremium – vertritt der HDE nun zudem die Wirtschaftsinteressen der Branche auch im zentralen Lenkungsgremium des Bündnisses.



# 5

---

Gute Arbeit – Aufbau  
sozialversicherungspflichtiger  
Stellen setzt sich fort



Der Handel braucht motivierte und qualifizierte Mitarbeiter: Der HDE verleiht Jahr für Jahr die Auszeichnung Gesicht des Handels an eine/n Beschäftigte/n aus der Branche.

Gute Arbeitsbedingungen sind nicht nur bei den Zulieferern des Handels aus ferneren Ländern wichtig. Für den dauerhaften unternehmerischen Erfolg müssen auch bei den Handelsunternehmen in Deutschland die Rahmenbedingungen stimmen. Der HDE engagiert sich hierbei beispielsweise bei den Tarifverhandlungen und bei der Reform von Ausbildungsberufen. Die Branche konnte so nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 31.03.2015 60.000 sozialversicherungspflichtige Stellen aufbauen.

#### **Tarifverhandlungen: Ausgewogene Einigung**

Ausgangspunkt der Tarifrunde waren Forderungen von ver.di nach Tarifierhöhungen, die sich teilweise im zweistelligen prozentualen Bereich, mindestens aber in Höhe von 5,5 Prozent für zwölf Monate bewegten. Die Tarifrunde 2015 im Einzelhandel konnte nach knapp dreimonatigen Verhandlungen mit einem ersten Tarifabschluss in Baden-Württemberg beendet werden, der zwischenzeitlich von allen Tarifgebieten nachvollzogen wurde. Er sieht eine Erhöhung der Entgelte nach drei Nullmonaten um 2,5 Prozent und eine weitere Erhöhung nach neun Monaten um 2,0 Prozent bei einer Gesamtlaufzeit von 24 Monaten vor (bei Azubi-Vergütungen erfolgt eine kaufmännische Rundung auf volle Fünf-Euro-Beträge). Weiterhin konnte

der Tarifvertrag Warenverräumung, der für diese Tätigkeit ein in der letzten Tarifrunde abgesenktes Vergütungsniveau vorsieht, erneut mit entsprechenden Anpassungen verlängert werden. Dazu wurden die Verhandlungsverpflichtungen zum Thema Entgeltstruktur und Demografie verlängert. Die Tarifverträge des Einzelhandels sind nach wie vor reformbedürftig. Aufgeräumt werden muss hier mit der längst überholten Trennung zwischen Angestellten und gewerblichen Arbeitnehmern, die längst aus der gesetzlichen Altersversorgung, dem gesetzlichen Kündigungsschutz und auch aus dem Betriebsalltag verschwunden ist. Überholt sind auch viele Regelbeispiele aus den Tarifverträgen. Einige taugen nur noch zum heiteren Berufe-Raten, andere sind aufgrund der deutlich veränderten Anforderungen an die Tätigkeit nicht mehr den richtigen Lohn- und Gehaltsgruppen zugeordnet. Diese tariflichen Regelbeispiele sind zugleich Fluch und Segen der Tarifverträge. Segen sind sie bei der Anwendung der Tarifverträge, da sie eine schnelle Zuordnung von Tätigkeiten in eine bestimmte Lohn- oder Gehaltsgruppe ermöglichen. Ein Fluch sind sie dann, wenn sie aufgrund der geänderten Anforderungen an eine Tätigkeit eigentlich nicht mehr zu den Oberbegriffen passen. Die Tarifvertragsparteien stehen daher immer vor dem Dilemma,

ob sie nun Regelbeispiele in Tarifverträge einfügen und damit deren Anwendung erleichtern, oder weglassen, so dass der Tarifvertrag nicht überarbeitet werden muss, wenn sich die Anforderungen an bestimmte Tätigkeiten erheblich verändern. Der HDE hat sich für einen Mittelweg entschieden: eine Reform der tariflichen Entgeltstrukturen, die später eine fortlaufende Anpassung ermöglicht. Nun stellt sich die Frage, ob die Gewerkschaftsseite, die sich der Folgen der Veränderungen in der Arbeitswelt des Einzelhandels sehr wohl bewusst ist, hieraus die notwendigen Konsequenzen für die Tarifverhandlungen zur Entgeltstruktur zieht. Bisher ist ihr Denken von dem Erhalt aller erreichten Besitzstände geprägt, ungeachtet der Tatsache, dass durch den technologischen Fortschritt heute viele Tätigkeiten im Einzelhandel geringere

Anforderungen an den Mitarbeiter stellen als früher und sich dies auch in einem anforderungsbezogenen Vergütungssystem genauso widerspiegeln muss wie ein Anstieg der Anforderungen. Die Strategie der Gewerkschaftsseite ist daher ein sehr gefährliches Unterfangen.

#### **Tarifautonomiestärkungsgesetz: Bürokratische Regelungen vermeiden**

Das sogenannte Tarifautonomiestärkungsgesetz, enthält eine Reihe für den Einzelhandel bedeutsamer Einzelmaßnahmen. So wurde durch das Gesetzespaket zum 1. Januar 2015 in Deutschland ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro eingeführt. Die argumentative Grundlage hierfür lieferte die immer weiter rückläufige Tarifbindung – auch im Einzelhandel – und das dadurch entstandene Regelungsvakuum für eine Mindestentlohnung, welches auch nach dem Verständnis der Rechtsprechung durch den Gesetzgeber gefüllt werden konnte. Der Handelsverband hat sich, als erkennbar war, dass ein gesetzlicher Mindestlohn nicht mehr zu verhindern war, sehr intensiv in die Debatte über die Ausgestaltung der gesetzlichen Vorschriften eingebracht und Ausnahmeregelungen im Anwendungsbereich für Auszubildende, Praktikanten und Langzeitarbeitslose durchgesetzt. Er hat sich weiterhin intensiv um praxisnahe Vorschriften zur Handhabung eingesetzt. Denn selbst die Unternehmen, die einen gesetzlichen Mindestlohn im Grundsatz befürwortet haben, mussten feststellen, dass die Ausführungsvorschriften (Haftungsregelung, Aufzeichnungspflichten etc.) zu einer erheblichen bürokratischen Belastung führten. Die entsprechenden Regelungen waren vom HDE bereits im Gesetzgebungsverfahren identifiziert und in Gesprächen mit Vertretern von Bundestag und Bundesregierung reklamiert worden. Letztendlich wurde das Gesetz vom Deutschen Bundestag in Kenntnis der darin



Mit einer Informationsbroschüre gibt der HDE Tipps zum korrekten arbeitsrechtlichen Umgang mit Minijobbern.

> [www.einzelhandel.de/minijobs](http://www.einzelhandel.de/minijobs)



enthaltenen Anwendungsprobleme verabschiedet. Wie die noch anhaltende Debatte um eine von der Bundeskanzlerin zwischenzeitlich zugesagte Nachbesserung des Gesetzes zeigt, haben sich mittlerweile alle großen Wirtschaftsverbände dem vom HDE frühzeitig aufgestellten Nachbesserungs-Forderungskatalog angeschlossen.

Im Rahmen des Tarifautonomiestärkungsgesetzes konnte sich der HDE auch mit seiner Forderung nach Abschaffung des sogenannten Mindestarbeitsbedingungengesetzes durchsetzen. Dieses Gesetz ermöglichte es der Bundesregierung bislang, in Branchen mit einer Tarifbindung unterhalb von 50 Prozent staatlicherseits ein komplettes, dann für alle Unternehmen der Branche verbindliches Lohn- und Gehaltsgitter einzuführen. Eine entsprechende Regulierung im Einzelhandel hätte sehr weitreichende Folgen, die über die Einführung eines einzigen Mindestlohns weit hinausgehen.

Ein wichtiger Erfolg für den HDE war auch die Reform des Antragsverfahrens für die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen. Nach der alten Rechtslage war es möglich, dass ein solches Verfahren allein durch den Antrag der Gewerkschaftsseite in Gang gesetzt wurde. Der HDE hat sich

hingegen nunmehr erfolgreich dafür eingesetzt, dass ein AVE-Verfahren nur dann in Gang gesetzt werden kann, wenn auch der am Tarifabschluss beteiligte Arbeitgeberverband dem zustimmt. Der strategische Wert dieser vom HDE erreichten Gesetzesänderung wurde bereits in der Tarifrunde 2015 sichtbar, in der die Gewerkschaftsseite eine Allgemeinverbindlicherklärung der Einzelhandelsstarifverträge zum Inhalt der Tarifforderung gemacht hat. Der HDE konnte dadurch eine solche AVE verhindern.

#### **Arbeitsstättenverordnung**

Für Schlagzeilen gesorgt hat die Diskussion um die Arbeitsstättenverordnung. Auch hier konnte der HDE eine Reihe von Erleichterungen für den Einzelhandel durchsetzen. So beispielsweise zu der Frage, ob Verkaufsräume zukünftig zwingend eine Sichtverbindung nach außen haben müssen und ob für Displays beispielsweise auf Gabelstaplern die Vorschriften der Bildschirmarbeits-Verordnung Anwendung finden. Letztendlich konnte das gesamte Verfahren gestoppt werden.

#### **Drohender Nachwuchsmangel**

Fachkräftesicherung ist eine der zentralen Herausforderungen für den Einzelhandel. Aktuell nehmen die Schwierigkeiten vieler Handelsunternehmen zu, Ausbildungsstellen

Nachwuchs ist heiß begehrt:  
Poco Domäne-Gründer Peter Pohlmann  
im Kreise seiner Azubis bei der Verleihung  
des Deutschen Handelspreises 2014.



und Fachkraftarbeitsplätze zügig und gut zu besetzen. Und das in einer Zeit, in der der Handel Beschäftigung aufbaut und auch die Ausbildungsleistungen wieder steigern möchte. So steigt die Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Ausbildungsstellen mit fast vier Prozent deutlich stärker als in anderen Wirtschaftsbereichen. Gleichzeitig aber sinkt die Bewerberzahl mit gut zwei Prozent überdurchschnittlich. Die Folge: Noch mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als in den Vorjahren. Einen Blick in die Zukunft wagt eine jüngere Projektion über die regionale Arbeitskräftesituation im Jahr 2030. Demnach wird bundesweit in den Verkaufsbereufen, zu denen auch ein Großteil der Kaufleute im Einzelhandel zählt, das Arbeitskräfteangebot kleiner als die Nachfrage sein. Lediglich im Norden und in Bayern dürfte das Angebot um bis maximal zwei Prozent und in Ostdeutschland um mehr als zwei Prozent über dem Bedarf liegen. Bei den Kaufleuten wird es wohl sogar in allen Regionen ein um mindestens zwei Prozent den Bedarf übersteigendes Angebot an Arbeitskräften geben. Auch im Vergleich zu den projizierten Engpässen in den technischen und Gesundheitsberufen kann diese Vorausschau nicht beruhigen. Der Wettbewerb um die am besten geeigneten Nachwuchs- und Arbeitskräfte ist in vollem Gange. Der Einzelhandel muss

seine Attraktivität als guter Ausbilder und Arbeitgeber verbessern. Zu berücksichtigen sind dabei aber auch die Veränderungen in den Einstellungen und Erwartungen der jungen Generation. Die Generation Y, die sich durch Optimismus, Leistungsorientierung und Einsatzbereitschaft auszeichnet, wird zunehmend ergänzt durch die Generation Z, die wiederum klar zwischen Arbeit und Freizeit trennen will. Freizeit und Familie werden höher bewertet als Karriere und Firmenwagen, es gibt weniger Bindungen an Unternehmen und Marken und weniger Interesse an Führungsverantwortung und flexiblen Arbeitszeiten. Recruiting, Personalentwicklung sowie Personalführung stehen im Handel vor neuen Herausforderungen.

#### **Neuordnung der Einzelhandelsberufe**

Wer Nachwuchs für die Einzelhandelsberufe rekrutieren will, muss auch für moderne Ausbildungsberufe sorgen. Nach gut zehn Jahren steht deshalb eine erneute Modernisierung der beiden Einzelhandelsberufe Verkäufer/in und Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel an. Auf diese beiden Berufe entfallen etwa 72 Prozent der knapp 150.000 Auszubildenden im Einzelhandel. Handelspraxis und wissenschaftliche Evaluation durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) haben das in den Jahren



Der Einzelhandel ist auch als Arbeitgeber attraktiv für junge Leute. Eine Besuchergruppe der Privaten Hochschule Göttingen informierte sich beim HDE über die Branche.

2004 und 2009 entwickelte Strukturkonzept bestätigt, das den zweijährigen Verkäuferberuf und den dreijährigen Kaufmannsberuf sinnvoll miteinander verzahnt und in beiden Berufen Differenzierungsmöglichkeiten über Wahlqualifikationen bzw. Wahlhandlungsfelder eröffnet. Daher ist es richtig, dass sich HDE und ver.di nach entsprechenden Vorarbeiten in HDE-Gremien darauf verständigt haben, das Strukturkonzept, das auch die Anrechnung von Prüfungsleistungen beinhaltet, im Wesentlichen beizubehalten. Eine behutsame Weiterentwicklung soll künftig die Anrechnung von Prüfungsleistungen auch dann ermöglichen, wenn Kaufleute während der Ausbildung in einen Verkäufervertrag wechseln wollen. Diese Regelung würde aktuell etwa drei bis vier Prozent der Auszubildenden im Beruf Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel begünstigen.

Es bleibt somit im Beruf Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel in Zukunft bei der Gestreckten Abschlussprüfung, die sich auch in kaufmännischen Berufen bewährt hat.

Inhaltlich werden vor allem die zunehmenden Anforderungen aus der weiter fortschreitenden Digitalisierung der Arbeit im Einzelhandel, der wachsenden Bedeutung von Nachhaltigkeit und dem großen Stellenwert von Kundenorientierung und -bindung

für die Leistungsfähigkeit des Unternehmens verstärkt in der neuen Ausbildungsordnung aufgegriffen.

Die beiden Ausbildungsberufe qualifizieren für Facharbeit im stationären Einzelhandel. Eine zunehmende Zahl stationärer Händler setzt aber auch auf den Vertriebsweg Online-Handel, vielfach mit Unterstützung externer Dienstleister. Gerade in mittelständischen Handelsunternehmen kommt es vor, dass Mitarbeiter sowohl im stationären wie im Online-Handel tätig sind. Daher wird es künftig in der Kaufleuteausbildung das Wahlhandlungsfeld „E-Commerce anwenden“ geben, das für diese Fälle ein passgenaueres Ausbildungsangebot bietet.

Das Ordnungsverfahren wird voraussichtlich im Herbst 2016 abgeschlossen, so dass mit dem für Betriebe wie Berufsschulen erforderlichen Informationsvorlauf Handelsunternehmen ab dem 1. August 2017 in den neu geordneten Einzelhandelsberufen ausbilden können.

## Der HDE: Handeln für den Handel

---

Der Handelsverband Deutschland HDE engagiert sich seit 1919 als Spitzenorganisation für den Einzelhandel und ist das Sprachrohr der Branche gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Heute hat der Verband rund 100.000 Mitgliedsunternehmen aller Standorte, Branchen und Größenklassen. Mit seiner Stimme repräsentiert der HDE die Pluralität des Einzelhandels – vom Mittelstand bis hin zu großen Weltunternehmen, vom stationären Geschäft über den Multichannel-Händler bis hin zum Online-Shop.

Der HDE vertritt die Interessen des Einzelhandels auf Bundes- und EU-Ebene gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen, den Medien und der Öffentlichkeit. Hierbei kann er auf die breite Unterstützung von zahlreichen Landes- und Regionalverbänden in ganz Deutschland sowie von Branchen-Fachverbänden bauen. Als Dachverband von Arbeitgeberverbänden ist der HDE Fach-Spitzenverband der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).



Zu Gast beim HDE:  
Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach am Vorabend des Deutschen Handelskongresses unter anderem über den Mindestlohn und die Rente mit 63.



Der HDE-Vorstand zu Gast im Kanzleramt bei Kanzleramtsminister Peter Altmaier

Für den Handel ist der direkte Draht zu den Abgeordneten im Bundestag und im Europäischen Parlament, zur Bundesregierung und zur Europäischen Kommission wichtig. Der HDE unterhält deshalb Büros in Berlin und in Brüssel. Er wirkt in mehr als 60 nationalen und internationalen Organisationen mit. Schwerpunkte der politischen Arbeit sind unter anderem die Bereiche Wirtschafts- und Verbraucherpolitik, Tarifpolitik, E-Commerce, Energiepolitik, Umweltpolitik, Bildungspolitik, Handelspolitik, Steuerpolitik und die Förderung des mittelständischen Einzelhandels. Um die Hand immer am Puls der Unternehmen haben zu können, sammelt und analysiert der HDE Informationen und Meinungen aus der Branche. Hieraus entstehen dann Stellungnahmen, Argumente, Positionspapiere und Gesprächsleitfäden, die in die politische Diskussion eingebracht werden.

Neben der Interessenvertretung nach außen unterstützt der HDE seine Mitgliedsunternehmen in vielen Bereichen tatkräftig und kompetent in ihrem Tagesgeschäft. Auf zahlreichen Fachgebieten koordiniert er die Interessen der Unternehmen. Er berät sie fachlich, fungiert als Frühwarnsystem und bündelt die Kommunikation der Branche nach innen und außen. Hauptziel ist die Entwicklung gemeinsamer Leitlinien und die weitere Stärkung der Wertschöpfungskette des Einzelhandels. Die Unterstützung des Verbandes erfolgt unter anderem in den Bereichen Kommunikation und Nachhaltigkeit, Arbeits- und Sozialrecht, der Ausbildung, bei Steuern und Finanzen, beim Multichannel-Handel und dem E-Commerce, Konjunktur und Statistik, Volkswirtschaft, Standort- und Verkehrspolitik, Logistik, Umwelt, Verbraucherpolitik, sowie im Bereich Zahlungsverkehr.



Beim Sommerfest des Handels: die Bundestagsabgeordnete Marie-Luise Dött.



Diskussion im HDE-Vorstand mit dem FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner

Außerdem unterstützt der HDE die Einzelhandelsunternehmen bei ihren Anstrengungen zur Qualitätssicherung unter anderem mit einer Datenbank für Rückstandsmonitoring und dem IFS International Featured Standard. Der IFS ist Lebensmittelsicherheits- und Qualitätsstandard in einem.

Er wurde entwickelt, um die Kompetenz der Lebensmittelhersteller bei der Lebensmittelsicherheit und -qualität mit einem Werkzeug zu prüfen. Darüber hinaus engagiert sich der HDE für die Aus- und Weiterbildung der Einzelhandelsmitarbeiter in seinen Bildungszentren und Fachschulen. Broschüren und Studien zu speziellen Fachthemen sowie Statistiken des HDE bieten eine Vielzahl an Informationen über den Wirtschaftszweig.

## Vorstand und Hauptgeschäftsführung des Handelsverbandes Deutschland

---



Von links nach rechts: HDE-Vorstand und Hauptgeschäftsführung (Stand: Oktober 2015): Stephan Tromp (stellvertretender HDE-Hauptgeschäftsführer), Alexander Birken (Otto Group Konzern-Vorstand Multichannel), Markus Mosa (Vorstandsvorsitzender Edeka Zentrale AG & Co. KG), Prof. Timm Homann (Vorsitzender der Geschäftsführung der Ernsting's family Unternehmensgruppe), Hans E. Agostini (Präsident des Handelsverbandes Mitte), Josef Sanktjohanser (Präsident des HDE, PETZ REWE GmbH, Wissen), Andreas Bartmann (Präsident Handelsverband Nord), Horst Lenk (Präsident Handelsverband Baden-Württemberg), Peter Ernst (Mitglied des Verwaltungsrats Aldi Einkauf GmbH & Co. OHG (Aldi Süd)), Karin Genrich, (Präsidentin Handelsverband Berlin-Brandenburg), Klaus Gehrig (Komplementär der Schwarz Unternehmenstreuhand KG), Arnold Senft (Präsident Handelsverband Mitteldeutschland), Michael Radau (Präsident Handelsverband NRW), Lovro Mandac (Metro Group, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Galeria Kaufhof GmbH), Alain Caparros (Vorstandsvorsitzender Rewe Group), Ernst Läger (Präsident Handelsverband Bayern), Steffen Jost (Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Textileinzelhandels), HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth.

Auf dem Foto fehlt das HDE-Vorstandsmitglied Robert A. Hesse (Mitglied der Präsidien des Handelsverbandes Hannover-Hildesheim und des Fachbereiches Wohnen), das kooptierte Vorstandsmitglied Friedhelm Dornseifer (Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Lebensmittelhandels) sowie der Ehrenpräsident Hermann Franzen (Hermann Franzen KG, Düsseldorf).

## Impressum

### Herausgeber:

Handelsverband Deutschland (HDE)  
Am Weidendamm 1A  
10117 Berlin

Tel. 030/726250-0  
Fax 030/726250-99  
hde@einzelhandel.de  
www.einzelhandel.de

### Projektleitung:

Stefan Hertel

### Redaktion:

Ulrich Binneböfel, Jochen Bohne, Darija Bräuniger,  
Götz Brandau, Daniel Enke, Kai Falk, Fabian Fechner,  
Stefan Genth, Anne Kathrin Göbel, Georg Grünhoff,  
Stefan Hertel, Heribert Jöris, Dr. Astrid Krone-Hagenah,  
Wilfried Malcher, Stephan Rabl, Lars Reimann,  
Michael Reink, Olaf Roik, Dr. Peter Jens Schröder,  
Stephan Tromp

### Verantwortlich:

Kai Falk

### Gestaltung:

Ariane Skibbe, Berlin

### Fotos:

Wenn nicht anders gekennzeichnet HDE.  
Thinkstock: S. 34, 40; Shutterstock: S. 48;  
Corbis: S. 8, 12, 14, 15, 18, 36, 37, 38, 42, 52;  
Pictureblind, Jürgen Sendel: S. 21 u.l.

# Der Handel

*Alles fürs Leben*

**Handelsverband Deutschland – HDE e.V.**

Am Weidendamm 1A

D-10117 Berlin

Telefon: 030/72 62 50-65

Telefax: 030/72 62 50-99

E-Mail: [presse@einzelhandel.de](mailto:presse@einzelhandel.de)

[www.einzelhandel.de](http://www.einzelhandel.de)

